

NATO und EU

Sicherheitspolitische Einigkeit
oder Zwietracht?

Dokumentation

12. Internationaler Sicherheitspolitischer Kongress

25. und 26. November 2005
Queens Hotel Karlsruhe

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.
Landesgruppe Baden-Württemberg



Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e. V.
Landesbereich Baden-Württemberg



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis, Anmerkungen zur Bearbeitung, Bildnachweis	2
Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Günther H. Oettinger, MdL	3
Programm	4
Begrüßungsrede des Landesvorsitzenden Michael Sihler	5
Rudolf Kühner: Grußwort des Schirmherrn	8
Manfred Bilger: Grußwort für die Stadt Karlsruhe	
Erich Staudacher: Grußwort des stellvertretenden Befehlshabers im Wehrbereich IV	
Gerd Teßmer: Grußwort	
Ursula Mogg: Grußwort	
Roland Idler:	19
Frank Nägler:	23
Stefan Kretschmer:	27
Karl von Wogau:	29
Resolution	45
Pressespiegel	46
Bilder	50
Teilnehmerliste	51

Anmerkungen zur Bearbeitung

Von den Referenten erhielten wir Redemanuskripte, nahezu druckfähige Texte als Computerdateien oder Präsentationsdateien mit Redenotizen. Die Texte stellte ich auf die neue Rechtschreibung um und vereinheitlichte die Typografie.

Fotos und Grafiken aus den Präsentationen konnten nicht vollständig übernommen werden: Die Animationen einer Bildschirmpräsentation sind im Druck nicht gänzlich darstellbar und die Rechte am Bild waren zu achten. Inhaltliche Veränderungen wurden nicht durchgeführt.

Johann Michael Bruhn, Dipl.-Päd.

Bildnachweis: , Johann Michael Bruhn [10], Thorsten Widmer [5], Roland Idler [3] und Staatsministerium Pressestelle der Landesregierung Baden-Württemberg [1].

Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Günther H. Oettinger



In diesem Jahr kann die Bundeswehr auf ihr 50-jähriges Bestehen zurückblicken - und sie hat allen Grund, auf das Geleistete stolz zu sein: Sie hat die Zeit des Kalten Krieges gemeistert, in der es in erster Linie um die Landesverteidigung und die Sicherung des freien Westens ging. Und sie hat nach der epochalen Wende von 1990 den Wandel zu einer im Rahmen weltweiter Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen agierenden Armee professionell vollzogen und ihren Platz im internationalen Sicherheitsgefüge gefunden. Die Terroranschläge von New York, Madrid und London machen in erschreckender Weise deutlich, wie sehr sich die Sicherheitslage in der Welt verändert hat. Mehr denn je brauchen wir heute eine leistungsstarke Bundeswehr, die zusammen mit ihren Verbündeten an Krisenherden der Welt für Sicherheit und Stabilisation sorgt. Auslandseinsätze gehören zwischenzeitlich zur Normalität und die Bundeswehr hat bewiesen, dass sie den gestellten Herausforderungen in hervorragender Weise gerecht wird. Überall, wo unsere Bundeswehr ihren Beitrag im Rahmen der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung leistet, ist sie ein geschätzter, gern gesehener Partner. Der Reservistenverband unterstützt die Bundeswehr mit seiner sicherheitspolitischen Arbeit und trägt mit seinen vielfältigen Aktivitäten in hohem Maße dazu bei, Reservisten als wertvolles Bindeglied zwischen der Bundeswehr und unserer Gesellschaft zu positionieren. Dieses Engagement verdient Dank und Anerkennung.

Als Ausdruck meiner Verbundenheit und Wertschätzung für die Bundeswehr und ihre Reservisten habe ich gerne die Schirmherrschaft für den 12. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress in Karlsruhe übernommen. Ich übermittle allen Teilnehmern herzliche Grüße und wünsche ihnen eine interessante Veranstaltung.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Günther Oettinger'. The signature is stylized and includes a horizontal line extending to the right.

Programm

Freitag, 25. November 2005

- 17:30 Uhr Eröffnung und Begrüßung
"Schwerpunkte der Arbeit des neuen Landesvorstandes"
Oberstleutnant d.R. Michael Sihler Landesvorsitzender
Grußworte
Einführung in die Tagung
"EU und NATO - Einigkeit oder Zwietracht?"
Oberst d.R. Dr. Roland Idler, Landesvorsitzender GfW
- 18:30 Uhr Vortrag zum 50-jährigen Bestehen der Bundeswehr
"Die Anfänge eines Soldatenbildes der Bundeswehr"
Fregattenkapitän Dr. Frank Nägler, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam
- 20:00 Uhr Gemeinsames Abendessen

Samstag, 26. November 2005

- 08:45 Uhr Aktuelles, Tagungsangelegenheiten
- 09:00 Uhr Vortrag und Diskussion:
"Die Internationale Sicherheitslage und Auswirkungen auf Deutschland"
Brigadegeneral Georg Freiherr von Brandis,
Vizepräsident Bundesnachrichtendienst, Berlin
- 10:15 Uhr Kaffeepause
- 10:45 Uhr Vortrag und Diskussion:
"Die Position von NATO und EU aus militärischer Sicht"
Brigadegeneral Stephan Kretschmer, Stellvertreter und Chef des Stabes
des deutschen militärischen Bevollmächtigten bei NATO und EU, Brüssel
- 12:00 Uhr Mittagessen
- 13:45 Uhr Vortrag und Diskussion:
"Politische Beurteilung der Zusammenarbeit von NATO und EU"
Dr. Karl von Wogau, MdEP, Vorsitzender im Unterausschuss
für Sicherheit und Verteidigung des Europaparlament, Freiburg
- 15:00 Uhr Resolution: Beratung und Verabschiedung
Resümee der Tagung: Oberst d.R. Dr. Idler
Verabschiedung: Oberstleutnant d.R. Michael Sihler

Begrüßungsrede

des Landesvorsitzenden Oberstlt d.R. Michael Sihler



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße sie ganz herzlich beim 12. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress, den der Reservistenverband zusammen mit der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik wie üblich in Karlsruhe in diesem Hotel durchführt. Es ist erfreulich, dass Sie wieder so zahlreich erschienen sind, um einen interessanten Kongress mit hervorragenden Referenten und aktuellen Themen zu erleben.

Ich begrüße zunächst sehr herzlich die Persönlichkeiten, die nach meinem Kurzvortrag die Grußworte überbringen werden. Zu allererst begrüße ich daher Herrn **Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner** vom Regierungspräsidium Karlsruhe sehr herzlich, der ein Grußwort unseres Ministerpräsidenten und Schirmherrn dieser Veranstaltung überbringen wird.

Von der gastgebenden Stadt Karlsruhe wird für den Oberbürgermeister Herr **Stadtrat Manfred Bilger** zu uns sprechen, den ich ebenfalls sehr herzlich begrüße.

Aus dem fernen München angereist ist der stellvertretende Befehlshaber im Wehrbereich IV Süddeutschland, Herr **Brigadegeneral Erich Staudacher**, ganz herzlich willkommen.

Weitere namhafte Persönlichkeiten begrüße ich ebenso gerne, wobei ich jeweils zusammenfasse:

1. Aus dem Bereich der Politik begrüße ich Herrn **Johannes Jung**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Herrn **Günter Fischer**, Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg sowie Herrn **Oberstleutnant d.R. Gerd Teßmer**, Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg und aktiver Reservist

2. Aus dem Bereich der höheren Verwaltung begrüße ich ganz besonders Herrn Oberst d.R. Dr. Manfred Walz,

Oberfinanzpräsident in Karlsruhe, Herrn **Klaus Nie-meier**, **Vizepräsident** der Wehrbereichsverwaltung Süd, Herrn **Dr. Ulrich Rommelfanger**, **Oberbürgermeister** der Stadt Kornwestheim und Herrn **Polizei-oberrat Peter Roth**, vom Polizeipräsidium Karlsruhe,

3. Aus dem Bereich der Bundeswehr begrüße ich Herrn **General Georg Freiherr von Brandis**, Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes, der morgen zu uns sprechen wird, die **Generale a.D. Dr. Gottfried Greiner** und **Ekkehart Richter**, Herrn **Oberst Reinhard Köhler**, Inspizient für freiwillige Reservistenarbeit, Herrn **Oberst Heinrich Bierbrauer**, Kommandeur des Transporthubschrauberregiments 30 aus Niederstetten, Herrn **Oberst Walter Engelhardt**, Kommandeur im VB 52, Herrn **Fregattenkapitän Dr. Frank Nägler** vom militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam, der den Abendvortrag halten wird, schließlich Herrn **Oberstleutnant Armin Steinmeier**, den Stabsoffizier für Reservisten im VBK 51.

4. Von den Verbänden begrüße ich

a) GfW: Den Landesvorsitzenden und Ehrenlandesvorsitzenden der Landesgruppe im Reservistenverband, Herrn **Oberst d.R. Dr. Roland Idler** und seine zahlreich erschienenen Sektionsleiter.

b) Vom Bundeswehrverband begrüße ich die Bezirksvorsitzenden **StFw a.D. Karl-Heinz Bög** und **Oberstlt a.D. Wolfgang Krayer**.

c) Vom Reservistenverband den **Vizepräsidenten Oberstlt d.R. Burkhard Ehrlich**, den Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Herrn **Oberstlt a.D. Rolf Hellriegel**, den stellvertretenden Landesvorsitzenden von Niedersachsen, Herrn **Klaus-Jürgen Quadbeck** und den neuen Ehrenlandesvorsitzenden unserer Landesgruppe, Herrn **Oberst d.R. Peter Eitze**.

5. Von den ausländischen Gästen begrüße ich für die Schweizer Armee **Oberst i.G. Martin Vögeli** und **Oberstleutnant Peter Marcandella** sowie **Major Olivier Savoy** von der schweizerischen Offiziersgesellschaft.

Damit gehe ich über zu meinem angekündigten Kurzvortrag.

Schwerpunkte der Arbeit des neuen Landesvorstandes

Der neue Landesvorstand ist seit wenig mehr als vier Monaten im Amt. Es ist daher sicherlich von Interesse, etwas über die eigene Zielplanung dieses neuen Landesvorstandes zu erfahren.

Um es vorwegzunehmen: Wir wollen das Rad nicht neu erfinden. Wir wollen es allenfalls neu auswuchten, um die Rollfähigkeit dieses Rades zu verbessern.

Wer gute Verbandsarbeit ehrenamtlich erbringen will, gleichzeitig aber noch im Berufsleben volle Leistung erbringen muss, kann nicht alles alleine machen. Er braucht dazu eine gute Mannschaft. Ich bin der Landesdelegiertenkonferenz noch heute dankbar, dass sie die Mannschaft in den Landesvorstand gewählt hat, die ich mir gewünscht habe.

1) Unverändert bleiben die tragenden Säulen der Reservistenarbeit auch zukünftig. In der sicherheitspolitischen Arbeit werden wir die Vorgaben für die Arbeit des

Verbandes 2006/2007 inhaltlich erfüllen und auf allen Ebenen zu intensivieren versuchen. Dabei bleibt vor allem dieser Kongress die absolute Spitzenveranstaltung auf Landesebene. Dafür, dass sie das schon wurde und wir - Dr. Idler und ich - auf diesem hohen Niveau weitermachen können, sind wir allen unseren Vorgängern, darunter vor allem Oberst a.D. Schmeja und dem Ehrenlandesvorsitzenden Oberst d.R. Peter Eitze, zu großem Dank verpflichtet.

Wir alle wissen, wie schwer es ist, nach oben zu kommen. Noch schwerer ist es, die erreichte Höhe zu halten. Ich kann gegenwärtig nicht mehr versprechen als: Wir werden uns anstrengen.

2) Im Bereich Förderung militärischer Fähigkeiten haben wir bereits im letzten Jahr mit dem Wehrbereichswettkampf Maßstäbe gesetzt und erstmals die Vorgaben des Erweiterten Aufgabenspektrums im Übungsszenario verwendet. Wir haben dabei die ursprüngliche Konzeption des noch nach alter Art im Jahre 2003 durchgeführten Bundeswettkampfs verlassen und etwas grundlegend Neues geschaffen. Der vor wenigen Wochen stattgefundene Bundeswettkampf hat dieses Szenario übernommen, was wir, ohne Lob zu melden, gerne zur Kenntnis genommen haben. Bemerkenswert ist auch, dass die aktive Truppe das Programm des ROE-Schießens aus dem letztjährigen Wehrbereichswettkampf übernommen hat und für die eigene Ausbildung verwendet. Wir betrachten dies als besondere Auszeichnung und als ein besonders gelungenes Beispiel aktiver Zusammenarbeit.

Schon vor wenigen Wochen haben wir erstmals auf Landesebene ein Taktikseminar für Reserveoffiziere erfolgreich durchgeführt. Die Resonanz war über alle Erwartungen erfreulich. Wir haben daher ganz konkret vor, nicht nur diese Veranstaltung im kommenden Jahr fortzusetzen, sondern auch eine analoge Veranstaltung auf Zugführerebene für Unteroffiziere m.P. anzubieten. Schon jetzt zeichnet sich ein hohes Interesse an dieser geplanten Veranstaltung ab.

3) Den Bereich Unterstützungsleistung für die Bundeswehr werden wir weiterhin gemäß den Vorgaben ausweiten. Der dazu ernannte Landesbeauftragte hat bereits gute Arbeit geleistet und auch hier Maßstäbe auf Bundesebene gesetzt. Besonders möchte ich hier die Katastrophenschutzübung in Mosbach vom September dieses Jahres erwähnen, die überregionale Beachtung gefunden hat. Hier konnten wir - erstmalig im Vergleich zu anderen Landesgruppen - im Rahmen einer Großübung die Reservisten in Zusammenarbeit mit THW, Rotem Kreuz, Feuerwehr und Polizei einsetzen und dies öffentlichkeitswirksam präsentieren. Der Besuch von zwei Landesministern hat uns gezeigt, dass wir hier auf einem richtigen Weg sind.

4) Ein weiterer Schwerpunkt wird sich aus der geplanten Neugliederung der Landesgruppe ergeben. Die Bundeswehr gliedert seit etwa 15 Jahren kontinuierlich um. Ein

Ende der Transformation ist allenfalls mittelfristig absehbar. Wir werden im Jahre 2007 ein Landeskommmando erhalten, während die Verteidigungsbezirkskommandos abgeschafft werden. Die Landesgruppe wird sich daher in ihrer Struktur auch derjenigen der Bundeswehr annähern haben. Dies wird - bereits konkret beschlossen - auf dem hauptamtlichen Sektor geschehen. Der Landesvorstand steht vor der Frage, ob die ca. 25 Jahre alte Struktur mit vier Bezirksgruppen und 15 Kreisgruppen heute noch zeitgemäß ist. Um die Antwort vorweg zu nehmen: Sie ist es nicht mehr. Wir haben daher eine Strukturkommission eingerichtet, die beauftragt ist, nach einer umfassenden Lagefeststellung Alternativen für eine Neugliederung unserer Landesgruppe zu erarbeiten. Hier sind verschiedene Denkmodelle möglich. Wir werden diese voraussichtlich schon im kommenden Frühjahr der Basis vorstellen können und dann in die Diskussion eintreten. Es ist erfreulich, dass schon jetzt viele zustimmende Signale von der Basis kommen, die die Notwendigkeit einer Strukturveränderung einsehen. Wir hoffen also, dann später



nicht einer Phalanx von Bedenkenträgern und Besitzstandswahrern gegenüber zu stehen. Vielmehr soll diese Umgliederung von einem breiten Konsens nach vorheriger Überzeugungsarbeit getragen werden. Wenn man bedenkt, dass heute, 30 Jahre nach der Kreisreform in Baden-Württemberg, immer noch einige Leute mit ihr unzufrieden sind, man denke an Lauda-Königshofen oder Villingen-Schwenningen, dann wird man ein ähnliches Ergebnis auch in unserer Landesgruppe erwarten dürfen. Die Bundeswehr hat es einfacher: Dort geht es mit Befehl und Gehorsam; aber machen sie das einmal bei einem eingetragenen Verein!

Wir sind jedenfalls aber zuversichtlich, dass wir zu einer guten Lösung kommen werden, die uns zu einer weiteren erfolgreichen Zusammenarbeit, insbesondere dann mit dem Landeskommmando in Stuttgart, befähigt.

Schließlich: Wo die Bundeswehr aus der Fläche geht, bleibt der Reservist vor Ort. Die Aufgabe, Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu sein und zu bleiben, wird daher größer. Das ist möglicherweise sogar der wichtigste Schwerpunkt all unserer Arbeit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Rudolf Kühner Grußwort



Anrede

Die Bundeswehr feiert in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen. Auch aus diesem Grund freue ich mich ganz besonders, dass ich heute Abend hier in Vertretung der Landesregierung zu Ihnen sprechen darf. Ich darf Ihnen an dieser Stelle zunächst die Grüße von Herrn Ministerpräsident Günther H. Oettinger überbringen, der heute Abend leider verhindert ist. Die Landesregierung Baden-Württemberg stand schon immer ohne jede Einschränkung zur Bundeswehr und zu ihrem Verteidigungsauftrag. Und gerade vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen gilt noch immer die Erkenntnis: wer den Frieden bewahren will, muss für den Krieg gerüstet sein (si vis pacem para bellum).

Und so verbindet die Bundeswehr und das Land Baden-Württemberg seit jeher eine enge Partnerschaft. Wir schätzen sie als verlässlichen Partner, der bei der Bewältigung von Großschadenslagen und Katastrophen nicht mehr wegzudenken ist. Ihre Hilfe ist für uns unverzichtbar, weshalb wir die Bundeswehr auch als lebensnotwendige Institution unseres Gemeinwesens verstehen. Dass diese Partnerschaft bei uns im Regierungsbezirk

tatsächlich auch in Zeiten ohne akute Krisen gelebt wird, zeigt sich unter anderem darin, dass die Führungsspitze des Regierungspräsidiums Karlsruhe alljährlich im Dezember eine fast schon traditionelle Abteilungsleiterbesprechung gemeinsam mit dem Verteidigungsbezirkskommando 52 hier in Karlsruhe veranstaltet.

Das Aufgabenspektrum der Bundeswehr hat sich im Lauf der Jahrzehnte radikal verändert. Bis zum Ende des Kalten Krieges vor 15 Jahren stand die Territorialverteidigung noch im Mittelpunkt ihrer Aufgaben. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes sind weltweit neue Krisenherde entstanden. Zudem hat die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, religiösen Fanatismus oder auch durch weltumspannende organisierte Kriminalität nicht erst seit dem 11. September 2001 eine völlig andere Bedeutung erhalten. Diese Entwicklungen haben die Bundeswehr vor neue Herausforderungen gestellt. Inzwischen gehören die internationale Krisenbewältigung und Friedenssicherung zu ihren zentralen Aufgaben. Die Bundeswehr hat sich hin entwickelt zu einer internationalen Einsatzarmee, die weltweit an Auslandseinsätzen der NATO, der EU und der UN teilnimmt. Mit diesen neuen Aufgaben haben sich auch die Anforderungen, die an die Bundeswehr gestellt werden, gewandelt. Sie befindet sich deshalb derzeit im größten Umbauprozess ihrer Geschichte. Davon betroffen ist auch der Bereich der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit mit der Auflösung der - noch verbliebenen - Verteidigungsbezirkskommandos und der Schaffung eines Landeskommandos - in Stuttgart - für ganz Baden-Württemberg.

Leider geht es auch beim Umbau der Bundeswehr in Baden-Württemberg nicht ganz ohne Standortschließungen. Wir im Regierungsbezirk Karlsruhe bedauern besonders die Schließung des Bundeswehrstandortes in Horb. Gerade die strukturschwachen Räume sind von Standortschließungen besonders hart betroffen. Ich sehe aber auch, dass die Standorte in Bruchsal und Hardheim gestärkt aus dem Umbau hervorgehen. An dieser Stelle möchte ich auch betonen, dass die Bundeswehr an allen Standorten in Baden-Württemberg gern gesehen, und ein fester Bestandteil des dortigen Lebens ist (was sich oft erst dann deutlich zeigt, wenn es an die Standortschließung geht).

Was es heißt, mit Veränderungen in Aufbau und Struktur klarzukommen, kann ich nur allzu gut nachempfinden. Auch die Zivilverwaltung in Baden-Württemberg befindet sich derzeit, im Jahr 1 nach der Verwaltungsreform, in einem großen Veränderungsprozess.

Bei all den Veränderungen, die derzeit bei der Bundeswehr im Gange sind, ist jedoch von allergrößter Bedeutung, dass an der allgemeinen Wehrpflicht festgehalten wird. Denn nur durch sie kann die Bundeswehr in der Mitte unserer Gesellschaft fest verankert bleiben. Nur die allgemeine Wehrpflicht sichert nachhaltig die hohe

Dr. Rudolf Kühner ist seit Juli 2005 neuer Regierungspräsident in Karlsruhe. Er hat Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in Heidelberg, Genf und Miami (USA) studiert und ist Absolvent der Führungsakademie Baden-Württemberg. Von 1981 bis 1986 war er wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg. Anschließend wurde er bis 1988 Referent im Referat Bauwesen beim Regierungspräsidium Karlsruhe, bevor er bis 1991 als Referent und stellvertretender Referatsleiter ins Umweltministerium Baden-Württemberg wechselte. In den Jahren 1991 und 1992 war er Leiter des Kreisbauamts des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis. Im Jahr 1992 wechselte er dann ins Staatsministerium, wo er bis 1994 als Referent der Geschäftsstelle der Regierungskommission für die Verwaltungsreform tätig war. 1996 wurde er zum Leiter des Medienreferats ernannt und 2000 zum Abteilungsleiter im Staatsministerium.

Qualität der Truppe und die Gewinnung der nötigen Personalstärke und des Personalersatzes

Einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Akzeptanz der Bundeswehr in unserer Gesellschaft leisten auch Sie, meine Damen und Herren, als Reservisten. Sie sind notwendiges Bindeglied zwischen Bundeswehr und Zivilgesellschaft. Die zukünftige Verbindungsorganisation soll auf der Ebene des Verbindungskommandos zu Kreisen und Regierungspräsidien ausschließlich von Soldaten der Reserve gebildet werden. Ihre vielfältigen Aktivitäten auf sicherheitspolitischem Gebiet und Ihr Engagement möchte ich an dieser Stelle besonders herausstellen und würdigen.

Doch nicht nur im zivilen Leben oder in der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit zeigt sich Ihre Bedeutung. Auch die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind in dieser Form nur durch den Einsatz von Reservisten möglich. Welche Risiken Sie eingehen und welchen Gefahren Sie sich auch bei Friedensmissionen dabei immer wieder aussetzen, wurde uns kürzlich wieder auf bittere Weise vor

Augen geführt: Der vor eineinhalb Wochen in Afghanistan getötete deutsche Soldat war Oberstleutnant der Reserve. Der dortige Bundeswehreinsatz hat damit seit Ende 2001 insgesamt 18 deutschen Soldaten das Leben gekostet.

Sie haben Ihre diesjährige Veranstaltung dem Thema "EU und NATO - sicherheitspolitische Einigkeit oder Zwi-tracht?" gewidmet. Die internationale Ausrichtung dieses Themas ist gerade auch im Hinblick auf die neuen Anforderungen, die eine veränderte Sicherheitslage an die Bundeswehr stellt, von großer Bedeutung. Die EU bietet sicherlich einzigartige Möglichkeiten, militärische und zivile Instrumente gemeinsam zum Einsatz zu bringen. Nichts desto trotz bleibt die NATO auch für die Zukunft ein unabdingbares Element europäischer Sicherheit.

Ich wünsche Ihrem Kongress daher zahlreiche interessante Vorträge und insgesamt einen guten Verlauf.

Damit möchte ich mein Grußwort schließen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Manfred Bilger Grußwort für die Stadt Karlsruhe



Begrüßung der anwesenden Persönlichkeiten

Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist für mich eine große Ehre und Freude zugleich, dass ich Sie hier in Karlsruhe im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters Heinz Fenrich willkommen heißen darf. Gerne bin ich dem Wunsche des Herrn OB Fenrich nachgekommen, um das vom Veranstalter erwünschte Grußwort zu sprechen.

Wir freuen uns, dass der Reservistenverband und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik Baden-Württemberg den 12. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress hier in Karlsruhe durchführt.

Als ich, und ich habe es mit Interesse getan, ihr Programm las, stellte ich fest, dass Ihnen für unsere Stadt wenig Zeit bleibt. Leider können sie es nicht mit den Augen erobern. Da ich bei der Begrüßung erfahren habe, dass sie ihre Tagung mit ihrem Verband nicht zum ersten Male in Karlsruhe durchführen, muss ich mein Manuskript teilweise verlassen und den vorgesehenen Werbepart für meine Heimatstadt etwas minimieren. Auch sehe ich unter den Teilnehmer einige bekannte Gesichter, die den Liebreiz von Karlsruhe kennen.

Dennoch werde ich versuchen durch einige wenige Worte Ihnen meine Geburts- und Heimatstadt vorzustellen und versuchen Ihnen zu ermöglichen, dass Sie Karlsruhe mit den Ohren erobern und es in Ihr Herz zu schließen können. Natürlich hoffe ich, dass Sie hierdurch wiederkommen um den Reiz von Karlsruhe kennen zu lernen.

Karlsruhe ist eine junge Stadt. Sie wurde am 17. Juni 1715 durch Markgraf Karl-Wilhelm von Baden-Durlach durch die Grundsteinlegung zu seinem Schloss gegründet. Wir haben einiges bis zum 300.Geburtstag im Jahre 2015 vor.

Fächerstadt - auch so werden wir genannt. Dies ergibt sich aus dem Stadtgrundriss. Dieser zeigt, dass die Straßen der Kernstadt und die Wege im Schlosspark und Hardtwalds strahlenförmig vom Schlossturm weg bzw. auf diesen zu führen. Aus dem entferntesten Winkel dieser Straßen können Sie den Schlossturm erkennen. Das Schloss selbst ist nur wenige Fußminuten von hier in Richtung Norden entfernt.

Ca. 274000 Bürger leben und wohnen in dieser Stadt. Eine Stadt mit einem Grundriss von rund 174 km³, wovon lediglich 27,5 % der Gemarkungsfläche bebaut ist. Stolz sind wir darauf, dass 50,4% der Gemarkung Grünbereich in Form von Wald (Landwirtschaftsflächen, Parkanlagen, Wiesen und Kleingartenanlagen) ist.

Ausländer! Natürlich haben wir auch Migranten und Migrantinnen in unserer Stadt. Der Anteil zur Gesamtbevölkerung beträgt ca. 14 %.

Leider müssen wir auch (Stand Juni 2005)/knapp unter 9% Arbeitslosigkeit beklagen.

Karlsruhe hatte einige Kasernen, von welchen einige bereits der zivilen Nutzung zur Verfügung gestellt worden sind. Berührungängste mit dem Bürger in Uniform gab es hier in Karlsruhe nicht. Wenn ich hier im Saal Kongress-Teilnehmer der Marine erkennen kann, fällt mir natürlich sofort die Patenschaft der Stadt Karlsruhe mit der Fregatte Karlsruhe in Wilhelmshaven ein. Wirklich eine tolle lebende Patenschaft. Getragen von der Stadt Karlsruhe mit den Freunden des Polzeisportvereines Karlsruhe und dem Freundeskreis der Fregatte. Immer wieder erfrischend sind die gegenseitige Besuche. Wir sind stolz darauf, dass die Fregatte unseren Stadtnamen trägt.

Eine erfreuliche Zunahme fand im Übernachtungsgewerbe statt. Die Zunahme im Vergleich zum Vergleichsjahr 2004 lag bei über 10%. Mit ihrer Tagung tragen sie erfreulicherweise dazu bei, dass es evtl. auch im Jahr 2005 zu weiteren Zuwächsen kommt.

Ihr Kongressthema steht unter dem Motto: "EU und Nato Sicherheitspolitische Einigkeit oder Zwietracht?" Das

morgige Tagungsthema hätte mich sehr stark interessiert, doch leider ist es mir auf Grund anderer bereits vereinbarter Termine nicht möglich teilnehmen zu können. Schade!

Bei der Vorbereitung zu diesem Grußwort habe ich natürlich ihre Homepage besucht. Hierbei bin ich über die Aussage gestolpert, dass die Sicherheitspolitik in der Öffentlichkeit kaum eine Rolle spielt. Dies sehe ich als Kriminalhauptkommissar hier beim Polizeipräsidium Karlsruhe anders. Bei meiner Schwerpunkttätigkeit in der Prävention, führe ich täglich Gespräche mit den Bürgern im Stadt- und Landkreis Karlsruhe und kenne die Ängste der Bürgerinnen und Bürger, zumindest im Bereich der "Inneren Sicherheit". Diese Ängste beinhalten auch das morgige Thema, weswegen, ich wiederhole mich, gerne präsent gewesen wäre.

Ich wünsche Ihnen einen guten und erfolgreichen Kongress. Einen angenehmen Aufenthalt in Karlsruhe und, bei den derzeitigen Straßen- und Witterungsverhältnissen, eine unfallfreie und gesunde Rückkehr zu ihren Familien.

Herzlichen Dank.

Erich Staudacher Grußwort



Es gilt das gesprochene Wort!

(Anrede)

Ihnen allen ein herzliches Grüß Gott. Ich danke der Landesgruppe Baden-Württemberg des Reservistenverbandes und dem Landesbereich Baden-Württemberg

der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik für die Einladung zu diesem Sicherheitspolitischen Kongress. Gern bin ich der Einladung in die Fächerstadt gefolgt, sozusagen an den westlichen Vorposten des süddeutschen Wehrbereichs. Könnte es einen besseren Konferenzort als Karlsruhe geben, eine Stadt in der Denken und Handeln im europäischen Geiste Tradition hat?

Ich will mich bei meinem Grußwort weder mit aktuellen sicherheitspolitischen Fragestellungen im Allgemeinen noch mit dem Thema dieses Kongresses im Speziellen befassen. Dafür gibt es Berufenerere. Als Beauftragter für Reservistenangelegenheiten im Wehrbereich IV (der Wehrbereich IV umfasst die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern) will ich deshalb die Chance nutzen, mich ein wenig mit der sicherheitspolitischen Bildungs- und Diskussionsarbeit des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr zu beschäftigen. Der Mitveranstalter dieses Kongresses, die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, möge mir diese etwas einseitige "Konzentration" verzeihen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für den "Erfolg" von Streitkräften im weiteren Sinne sind viele Faktoren ausschlaggebend. Ihre Stärke gehört dazu, ihre Ausrüstung, Ausbildung und Einsatzkonzeption. Nicht zuletzt auch der "Geist der Truppe", denn der ist, gemäß dem Wahlspruch des königlich bayrischen Leibregimentes "ihre Stärke". Der Rückhalt in der Bevölkerung gehört nach meiner festen Überzeugung ebenfalls dazu. Diesen Rückhalt gibt es das durften wir in den vergangenen 50 Jahren erfahren - nicht umsonst, nicht ohne Anstrengung und nicht ohne die Impulse seitens der Bundeswehr.

Heute befinden wir uns in einer Situation, die Bundespräsident Köhler bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr vor wenigen Tagen auf den Punkt brachte, als er dringend anmahnte, die Aufgaben der Bundeswehr wieder ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Der Bundespräsident sprach von einem "eher freundlichen

Desinteresse" der Deutschen an ihren Streitkräften. Außerdem ergibt sich eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung nicht zuletzt aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes vom 2. März 1977: "Eine verantwortliche Teilhabe der Bürger an der politischen Willensbildung des Volkes setzt voraus, dass der einzelne von den zu entscheidenden Sachfragen, von den durch die verfassten Staatsorgane getroffenen Entscheidungen, Maßnahmen und Lösungsvorschlägen genügend weiß, um sie beurteilen, billigen oder verwerfen zu können." "Man sieht also nur, was man weiß", lautet eine andere Maxime.

Durch Bw-Vorschriften, Ideen und medialen Offensiven ist der unermüdliche Anshub für eine solche Diskussion bereits seit Jahren gegeben - organisiert. Die vielen Presse- und Öffentlichkeitsarbeiter, Jugendoffiziere bis hin zu einzelnen Soldaten in Kommandeurs- oder vergleichbaren Verwendungen "ackern" seit Jahr und Tag auf diesem Gebiet. Tag der offenen Türen, Gelöbnisse, Zapfenstreiche ...

Sie alle wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das allein reicht heute nicht mehr, um über das Stadium des Desinteresses und einer diffusen Sympathie der Bevölkerung hinaus zu gelangen! Schon gar nicht, wenn man bedenkt, dass in naher Zukunft, ja schon heute, die Bundeswehr nicht mehr in der Fläche vertreten sein wird. Wie also kann die Fläche der Bevölkerung erreicht werden? Wer wird hier verstärkend benötigt?

Gemäß seinen Statuten sieht es der Reservistenverband u.a. als seine Aufgaben an, sich für die Streitkräfte und Sicherheitspolitik zu engagieren. Dies entspricht der Reservistenkonzeption, die die sicherheitspolitische Arbeit als eine der vier Säulen der beordnungsunabhängigen freiwilligen Reservistenarbeit beschreibt.

Wirksamkeit setzt Glaubwürdigkeit voraus. Und ich sehe erfreut, dass sich die Landesgruppe Baden-Württemberg mit einer sehr engagierten sicherheitspolitischen Arbeit erfolgreich um den Fortbestand dieser Glaubwürdigkeit bemüht. Bereits zum 12. Male richten Sie, meine Kameraden, diesen Sicherheitspolitischen Kongress aus und ein Blick auf Themen, Redner und Teilnehmerliste

zeugt einmal mehr von der "Hochwertqualität" dieser Veranstaltung. Doch nicht nur auf Landesebene wird erfolgreiche sicherheitspolitische Arbeit geleistet, sondern auch in den Bezirken, Kreisgruppen und Reservistenkameradschaften "vor Ort". Dies muss noch stärker in das Bewusstsein rücken.

Mit diesem "flächigen" Engagement unterstützt der Verband ganz nachhaltig die Informationsarbeit von BMVg und Bundeswehr. Der einsatzwillige und einsatzfähige Reservist, die Reservistin, der auch in Extremsituationen engagiert und motiviert seinen Dienst als Staatsbürger in Uniform versieht, steht für ein glaubwürdiges Bild einer modernen, in die Bündnissysteme eingebetteten Bundeswehr. Das Wissen um das "Wofür?" des Dienstes gehört hier unabdingbar dazu.

Wenn Sie tätig werden im Sinne der Reservistenkonzeption, wonach die Reservistinnen und Reservisten "zur Erfüllung der Wehrmotivation beitragen und das Bewusstsein für sicherheitspolitische Zusammenhänge vertiefen" oder im Sinne der Mahnung des Bundespräsidenten, hier "Fahrt aufzunehmen". dann geht es mir keineswegs um eine Militarisierung der Gesellschaft, wohl aber um eine breit angelegte Debatte mit Blick auf das heutige und künftige Aufgabenspektrum der Bundeswehr.

Meine Kameradinnen und Kameraden, Sie können stolz auf das bisher Geleistete sein! Machen Sie weiter so! Und wenn es mal schwierig werden sollte bei der Vermittlung des komplexen Gedankengutes der modernen Sicherheitspolitik, denken Sie an den Werbespruch: "Wir können alles - außer Hochdeutsch!" Sicherheitspolitik lässt sich auch auf badisch und schwäbisch buchstabieren ...

Begleiten Sie die Bundeswehr in Ihrem Verband und in der Öffentlichkeit kritisch, kompetent und couragiert! Tragen Sie die Erkenntnisse der heutigen Veranstaltung hinaus ins "Ländle"!

Zu diesem Zweck wünsche ich der Veranstaltung einen guten und ertragreichen Verlauf.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gerd Teßmer Grußwort

Anrede

Gerne überbringe ich Ihnen die Grüße der SPD-Landtagsfraktion und von unserem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Drexler. Wenn wir uns hier mit einer eigenständigen Sicherheitspolitik der europäischen Gemeinschaft befassen und dabei feststellen, dass es Europa gut tut, nach Jahrhunderten der Kriege nun ein Hort des Friedens und der gesicherten persönlichen Freiheiten zu werden, dann hat das etwas mit europäischem Selbstbewusstsein zu tun und nichts mit einer Infragestellung des nordatlantischen Bündnisses und unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten. Dass dadurch aber aus einer Verteidigungsarmee mehr und mehr eine Einsatzarmee wird, ist der Preis, den die Bundesrepublik Deutschland dafür zu zahlen bereit sein muss. Die beste Sicherheit für unser Land ist der Schutz und die Unterstützung

anderer Staaten auf ihrem Weg zu demokratischen Prinzipien und allgemeinem Wohlstand. Globalisierung bedeutet eben nicht nur, schnelles Abfließen von Kapital, sondern auch Wanderbewegungen von hoffnungs- und zukunftslosen Menschen in die prosperierenden Industrieländern in Nordamerika und Europa. Dem gilt es durch ehrlichere Hilfe entgegen zu steuern.

Dass unsere Bundeswehr dabei nach wie vor eine Parlamentsarmee ist und bleiben muss, garantiert nicht der Primat der Politik, sondern auch das Eingebettet-Sein der Streitkräfte in unsere Gesellschaft. Der 'Bürger in Uniform' ist genauso Bürger wie jeder andere außer dass sein Beruf von ihm verlangt, sich notfalls mit seinem Leben für sein Land einzusetzen. Allein diese Tatsache macht den Soldatenberuf, auch in einer Demokratie, zu einem besonderen, einzigartigen Beruf. Wenn nun Menschen in unserem Land freiwillig bereit sind, sich in diesem Bereich

zu engagieren, sich weiter- und ausbilden zu lassen, wie es Reservisten tun, dann ist dies höchst ehrenhaft und aner kennenswert. Da ich mich selbst zu dieser Spezies zähle, weiss ich wovon ich rede. Aber ist es nicht eigentlich etwas mehr als nur Freiwilligkeit, wenn sich Bürger unseres Staates zu Katastrophenschutz-Organisationen, zur Feuerwehr oder eben als Reservisten zur Bundeswehr verpflichten? Geben Reservisten nicht damit einen Teil des Schutzes und der Bürgerrechte, die ihr Land ihnen bietet, an das Land zurück? Ich glaube, dass es auch in der heutigen Zeit wichtig ist, dass sich Menschen in die Gesellschaft einbringen. Reservisten sind dabei sicherlich Mitbürger, die ein gutes Beispiel abgeben.

Dabei darf die Diskussion um den Sinn des Reservisten-Einsatzes und der allgemeinen Wehrpflicht nicht aufhören. Nur wenn wir begründen können, warum junge Menschen diesen Beitrag für den Staat leisten, und warum Reservisten für den Auftrag und die Ziele der Bundeswehr notwendig sind, ist die Wehrpflicht gerechtfertigt. Wir sollten von uns aus diese Diskussion führen und sie nicht anderen überlassen, die andere Ziele verfolgen. Reservist sein heißt deshalb auch in Zukunft: Bereit sein, sein Land zu schützen, aber im Sinne unserer Verfassung und der überall geltenden Menschenrechte !



Ursula Mogg Grußwort



Anrede

ich darf Ihnen zu diesem 12. Sicherheitspolitischen Kongress der GfW in Baden-Württemberg die herzlichen Grüße unseres, des GfW-Bundesvorstandes und der Präsidentin, Frau Claire Marienfeld-Czesla, übermitteln.

Diese Veranstaltung hat inzwischen eine beeindruckende Tradition. Ich glaube, von Tradition darf man heute, bei der 12. Tagung, durchaus sprechen.

Sie ist zudem überaus beeindruckend und namhaft besetzt. Das belegt die Liste der Referenten am gestrigen und heutigen Tag.

Viele kenne ich als Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages, dem ich jetzt seit sieben Jahren angehöre, persönlich. Ganz besonders freue ich mich, General Kretschmer wieder zu sehen, dem ich in seiner Eigenschaft als Kommandeur des Zentrums für Innere Führung in meiner Heimatstadt Koblenz zuerst begegnet bin.

Meine Damen und Herren, wir haben auf Bundesebene gerade einen nicht ganz unerheblichen politischen Wandel erlebt mit dem Ergebnis einer

Ursula Mogg ist Vizepräsidentin der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. und seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Als MdB ist sie Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Unterausschuss Vereinte Nationen. Sie errang ihre Hochschulreife auf dem Zweiten Bildungsweg, studierte politische Wissenschaft, Anglistik und Völkerrecht und arbeitete als Referentin im rheinland-pfälzischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit. Sie ist Mitglied der Gewerkschaft ver.di, der Arbeiterwohlfahrt und der SPD.

großen Koalition. Dies ist eine eher seltene politische Konstellation, die es in der bislang 56jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher nur einmal gab (Dezember 1966 bis Oktober 1969).

Die beiden großen Parteien verständigten sich unter dem Zwang der Verhältnisse und nicht zuletzt des Wahlergebnisses vom 18. September d.J. auf diese Lösung. Allerdings herrscht seitdem auch eine Stimmung, als sei die Große Koalition gleichsam das letzte ganz große politische Abenteuer vielleicht nicht die schlechteste Herangehensweise angesichts der zu bewältigenden Herausforderungen!

In der Außen- und Sicherheitspolitik war das Einvernehmen erstaunlich rasch hergestellt. Ich will Ihnen dies kurz skizzieren.

Es ist zunächst festzuhalten, dass sich die Beständigkeit durchgesetzt hat.

Wo sollten im Vergleich zur Außen- und Sicherheitspolitik der rotgrünen Koalition die großen Brüche auch sein? Es gibt sie nicht, und deswegen lesen wir in den Protokollen erstaunlich häufig das Wort "bleiben".

Deutschland wird und dies scheint geradezu selbstverständlich auch in Zukunft die Bereitschaft zeigen, einen nach seiner Größe und Bedeutung angemessenen Beitrag zur Stärkung der internationalen Sicherheit zu leisten.

Wir werden dies eingebettet in einen europäischen Abstimmungsprozess tun.

Die europäische Koordination im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist politisch und ökonomisch wünschenswert.

Sowohl im Rüstungsbereich als auch bei der Qualifikation der Soldaten sollte ein hohes Maß an europäischer Arbeitsteilung stattfinden, um Synergieeffekte zu nutzen.

Die NATO bleibt zentrales Instrument zum Erhalt von Sicherheit und Stabilität in Europa und darüber hinaus. Sie (die NATO) ist unverzichtbar für die Bewältigung eines komplexen Spektrums sicherheitspolitischer Herausforderungen.

Natürlich ist angesichts dieser Feststellungen auch das Bekenntnis der Bundesregierung zu einer entsprechenden Strukturierung der Bundeswehr nur logisch: Die Bundeswehr muss materiell und personell imstande sein ihre Aufgaben zu erfüllen in dem erwähnten gesamteuropäischen und bündnispolitischen Kontext selbstverständlich. Auch dazu bekennt sich die Koalition ausdrücklich.

Neben der Teilnahme an der internationalen Konfliktbewältigung bleibt die Landesverteidigung unter veränderten Bedingungen und Aufgabenstellungen der verfassungsgemäße Kernauftrag der Bundeswehr. Gerade im Hinblick auf asymmetrische Formen der Bedrohung, die insbesondere aus terroristischen Aktivitäten entstehen, ist die äußere von der inneren Sicherheit nicht immer trennscharf zu unterscheiden.

Dies hat Verteidigungsminister Struck schon mit seinem viel zitierten Satz zum Ausdruck gebracht, dass die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt wird.

In diesem Zusammenhang wäre es allerdings unredlich ein Thema auszublenden, dass gerade in Ihren Reihen oft für Kontroversen sorgt. Ich spreche vom Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Ich habe den Eindruck, dass wir dabei oft aneinander vorbeireden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Deutschland im kommenden Jahr seine

Freunde bei der Fußball-Weltmeisterschaft vor den Stadien mit Soldaten empfängt. Polizeiaufgaben bleiben Polizeiaufgaben. Soldaten haben andere Aufgaben und eine andere Ausbildung.

Nicht unerwähnt bleiben soll nicht nur um der Vollständigkeit willen auch ein großer Konsens der Großen Koalition! Die Bundesregierung bekennt sich zur allgemeinen Wehrpflicht und hält am beschlossenen Stationierungskonzept für die Bundeswehr fest.

Meine Damen und Herren, für die zukünftige Arbeit unserer Truppe kann ich ein hohes Maß an Stabilität, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit in Aussicht stellen.

Wir können sogar davon ausgehen, dass die geschilderten Positionen mit einer einzigen Ausnahme (nämlich der Wehrpflicht) auch über die Koalition hinaus Unterstützung finden werden.

Damit zeigt sich, dass im Deutschen Bundestag ein weitgehender Grundkonsens im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik besteht.

Ich verkenne dabei nicht, dass die für mich zentrale Entscheidung, dass unseren internationalen Einsätzen auch zukünftig ein "erweiterter Sicherheitsbegriff" unter Berücksichtigung sozialer, ökonomischer und kultureller Voraussetzungen in den Einsatzgebieten zugrunde liegt, noch nicht ausreichend diskutiert wurde.

Außenminister Steinmeier hat sich noch in seiner Eigenschaft als Chef des Bundeskanzleramtes allerdings früher bereits zu diesem erweiterten Sicherheitsbegriff bekannt.

Bisher haben wir weder als Parlament noch als Gesellschaft wirklich über deutsche außen- und sicherheitspolitische Aufgaben nach dem Ende der Teilung Europas gesprochen. Eine solche Debatte steht noch bevor.

Da die Sicherheit unserer Soldaten nicht nur das Anliegen einer Partei ist, ein sensibles und respektvolles Auftreten unserer Truppe für ihre Sicherheit aber ein sehr zuträglicher Faktor ist, bin ich zuversichtlich, dass die Bundeswehr bei ihren Einsätzen an der bewährten Zurückhaltung festhält.

Die Bundeswehr agiert nicht in "Feindesland", weder militärisch noch rhetorisch. Sie hilft den Menschen, schützt sie und unterstützt beim Aufbau, und sie trägt wesentlich zur (Wieder-) Herstellung von Rechtssicherheit bei! Genau aus diesem Grund haben ihr - und uns! - die Einsätze in den letzten Jahren viel Respekt eingetragen.

Meine Damen und Herren, wir wollen auch in Zukunft durch die Qualität unserer Sicherheitspolitik Freunde und neue Partner für ein friedliches Miteinander gewinnen. So kann die Bundesrepublik Deutschland die sicherheitspolitischen Herausforderungen bestehen.

Roland Idler

EU und NATO - Einigkeit oder Zwietracht



Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede

Beim Thema "EU und NATO" haben wir nicht nur an 50 Jahre deutsche NATO-Mitgliedschaft zu denken, denn eng damit verbunden sind auch 50 Jahre Bundeswehr und die 15 Jahre Armee der Einheit. Schauen Sie in den Saal und schätzen den Zeitraum Ihrer militärischen Grundausbildung, so werden einige Kameraden diese in den frühen Jahren mit Affenjacke, Plastikhelm und Canadian Rifle erlebt haben. Die Filzlaus (er) trug man um 1970 und heute erwarten wir den Infanteristen der Zukunft mit Nachtsichtgerät und Laptop.

Neben all diesem Wandel in der Bundeswehr erinnere ich an Reservistenaktionen wie das Fellbacher Forum und den SS-20-Autokorso für den Nato-Doppelbeschluss im Jahr 1983 und die Unterschriftensammlung gegen das "Mörder-Urteil" in 1989. Wegen der arg kontroversen Diskussion des NATO-Doppelbeschlusses

in der Gesellschaft möchte ich daran erinnern, dass der NATO-Doppelbeschluss einen der wesentlichen Gründe für die Auflösung der Sowjetunion darstellte und somit auch für die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit in Deutschland.

Die Wiedervereinigung brachte und erforderte nach Vertrag und Sachzwang die Reform der Bundeswehr, im Reformprozess bereits die Weiterentwicklung der Bundeswehr und nachfolgend die Verteidigung unserer Sicherheit "auch am HINDUKUSCH", aber auch unseren Anspruch "HINDELANG und HINTERZARTEN" dabei nicht zu vergessen.

Über all die Jahre stand die Wehrform in der Diskussion und ich freue mich, dass im Koalitionsvertrag der Beibehalt der Wehrpflicht vereinbart ist.

Letzter Einschnitt bei der Reform, der Weiterentwicklung und der Transformation der Bundeswehr war am 7. Oktober 2005 in Ulm die Außerdienststellung des II. Korps und die Indienststellung des Kommandos Operative Führung Eingreifkräfte. Im nächsten Jahr wird die Auflösung der Heimatschutzbataillone folgen.

Stellt man die Geschichte der Bundeswehr in einen größeren Zusammenhang - nämlich in Bezug auf das ganze letzte Jahrhundert -, so wird ihre Erfolgsgeschichte deutlicher. In der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts finden wir im nachfolgenden Zeitvergleich Kaiserreich, Weimarer Republik, Drittes Reich und die Anfänge der Bundesrepublik. Beide Weltkriege mit einschneidenden Auswirkungen auf Deutschland gehören in diese erste Hälfte. Wohl war auch die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts nicht frei von Kriegen und keineswegs arm an Ereignissen, aber die Bundesrepublik Deutschland bestand über den gesamten Zeitraum in gleichartiger Staatsform und sie war frei von Kriegen. Dies ist nicht allein Verdienst der Bundeswehr, aber sie trug ihren Anteil dazu bei.



Mit Affenjacke, Plastikhelm und Canadian Rifle 1961

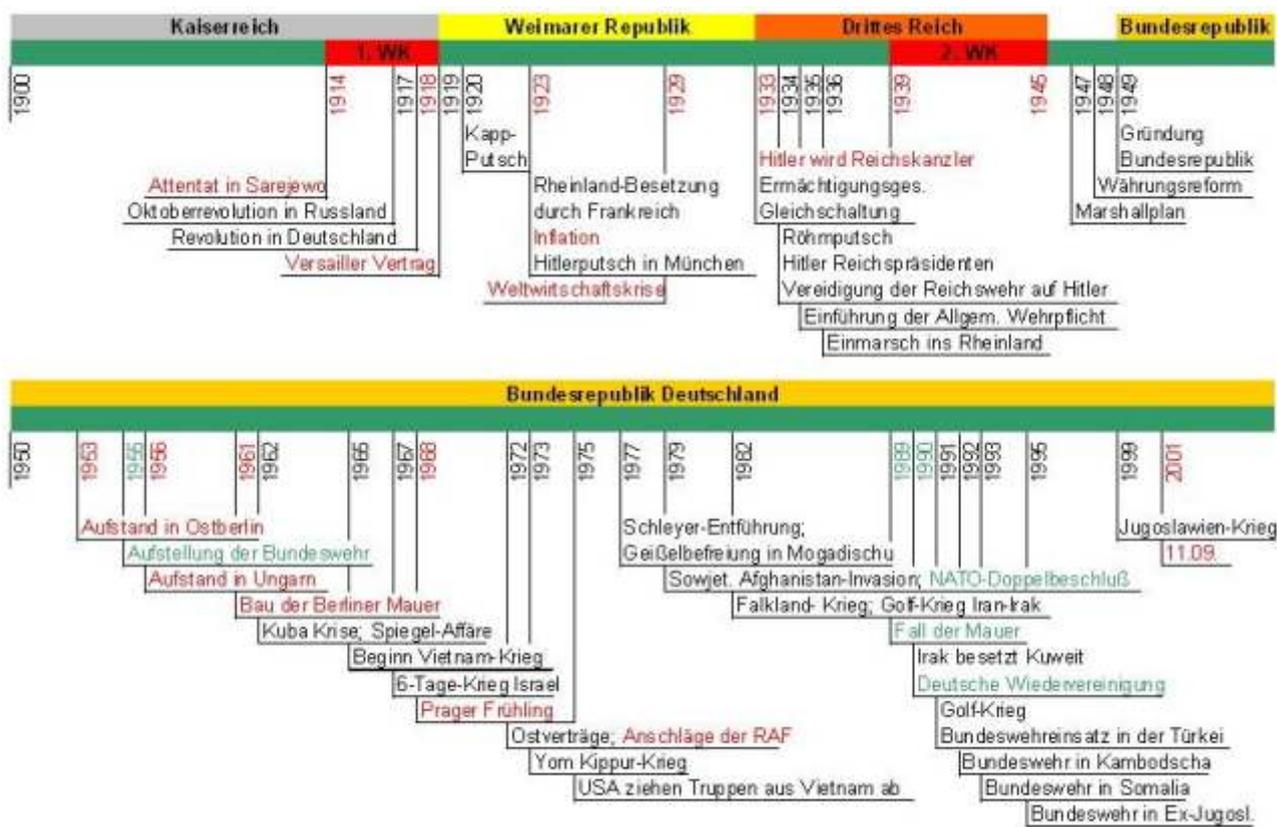


Die Filzlaus 1970



Infanterist der Zukunft mit Nachtsichtgerät und Laptop

Zeitvergleich



Bei dem Thema "NATO und EU - Einigkeit oder Zwietracht?" geht es nicht allein um Fakten, sondern oft weit mehr um die Einschätzung dieser Fakten. Am 09.11.1989 fühlt sich Europa im Frieden, obgleich mannigfaltige Konflikte verblieben waren. Seit den Ereignissen am 11. 09. 2001 befinden sich die USA im Krieg, obgleich keine feindlichen Truppenaufmärsche stattfanden oder überaus gefährliche Waffen eingesetzt wurden. Das Bild vom Krieg und vom Frieden hat sich gewandelt, was die Einschätzung von Kriegs-, Krisen- und Unruhegebieten erschwert. Für 2004 kann man sich weltweit auf zwei Kriegs- oder Bürgerkriegsgebiete beschränken: Kolumbien und den Sudan. Bei der Aufzählung von Krisenherden kommt man auf etwa fünfzig Staaten, die sich mehrheitlich in der Nähe des Äquators befinden.

Aktuelle und kommende Konflikte sind auch durch Bodenschätze, insbesondere Energiequellen und das Bevölkerungswachstum bedingt. Nach Schätzungen von ExxonMobil befinden sich über Dreiviertel der Öl- und Erdgasreserven im Besitz von einem Dutzend Staaten. Beim Erdöl verfügen nach dieser Schätzung über 85% der Weltreserven die nachfolgenden zehn Länder. Die Zahlenwerte sind Angaben in Millionen Tonnen.

Saudi-Arabien	35409
Kanada	24235
Irak	15095
Kuwait	13024
Arab. Emirate	12851
Iran	12263
Venezuela	10881
Russland	8163
Lybien	3888
Nigeria	3257

Beim Erdgas kommen zehn Länder auf 76% der Weltreserven, hier in Milliarden Kubikmeter gemessen.

Russland	47544
Iran	22988
Katar	14392
Saudi-Arabien	6345
Arab. Emirate	6002
USA	5192
Algerien	4520
Venezuela	4188
Nigeria	3509
Irak	3107

Der Bedarf an dieser Energie fällt durch Industrialisierungsgrad, Klima u.a. recht unterschiedlich aus. So hat im Durchschnitt ein Norweger einen größeren Energiebedarf als ein Grieche. Wohl können bei Größen wie Energieverbrauch oder Bevölkerungswachstum bei ähnlicher geografischer Lage oder früherer Blockzugehörigkeit gemeinsame Merkmale festgestellt werden, es bleiben aber jeweils Unterschiede, die Voraussagen für die Zukunft ungemein erschweren. Bündnisse wie NATO oder EU bedürfen gewisser Gemeinsamkeiten bei den Mitgliedsstaaten.

In den Anfangsjahren der NATO war für die Gründungsmitglieder Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal und USA das besetzte Deutschland im Falle eines sowjetischen Angriffes das Gefechtsfeld. Dies schloss den Einsatz von Atombomben auf westdeutschem Gebiet ein.

Mit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland war auch deren Staatsgebiet zu verteidigen, was die

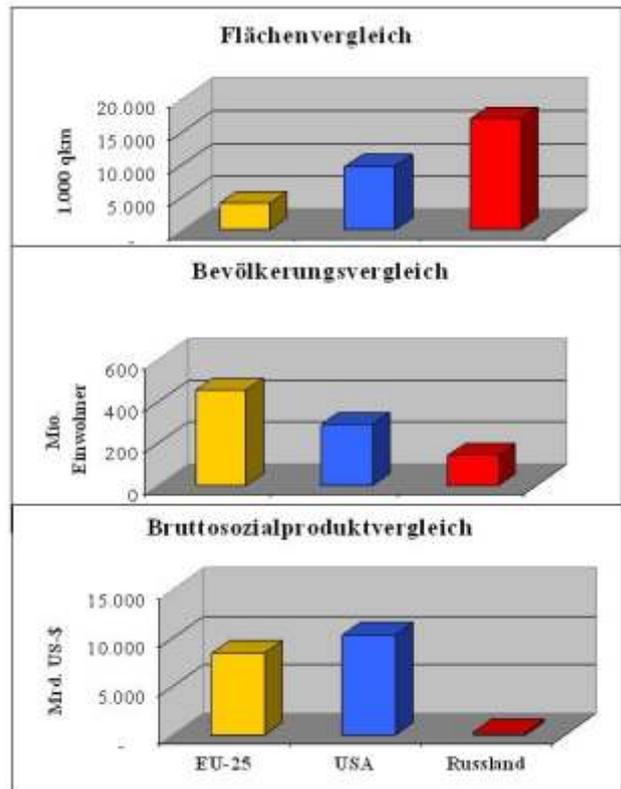
Gefechtsplanungen nach Osten verschob. Beim Ende des Eisernen Vorhangs war auch die gedachte Verteidigung dort angelangt, denn bis 1989 galt die Vorneverteidigung: "Die Wirksamkeit der Verteidigung in Mitteleuropa wird vor allem von der sofortigen grenznahen Abwehr an der Landfront entlang der innerdeutschen Grenze und entlang der Staatsgrenze zur Tschechoslowakei und in der Ostsee bestimmt." (Weißbuch 1985, Nr. 179, S. 79)

Ab 1952 sicherte der NATO-Beitritt von Griechenland und der Türkei das Mittelmeer vor der Sowjetflotte. 1982 kam Spanien, 1999 Polen, Tschechien und Ungarn dazu. Am 29. März 2004 traten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien der NATO bei. Die Zugehörigkeit und das Beitrittsjahr zu NATO und EU oder deren Vorgängerinnen zeigt das nachfolgende Mengendiagramm.

Nur NATO		NATO und EU		Nur EU	
Island	1949	Belgien	1949 1958	Irland	1973
Kanada	1949	Dänemark	1949 1973	Finnland	1995
Norwegen	1949	Frankreich	1949 1958	Österreich	1995
USA	1949	Großbritannien	1949 1973	Schweden	1995
Türkei	1952	Italien	1949 1958	Malta	2004
Bulgarien	2004	Luxemburg	1949 1958	Zypern	2004
Rumänien	2004	Niederland	1949 1958		
		Portugal	1949 1986		
		Griechenland	1952 1981		
		Deutschland	1955 1958		
		Spanien	1982 1986		
		Polen	1999 2004		
		Tschechien	1999 2004		
		Ungarn	1999 2004		
		Estland	2004 2004		
		Lettland	2004 2004		
		Litauen	2004 2004		
		Slowakei	2004 2004		
		Slowenien	2004 2004		

Vergleicht man die Europäische Union als Zusammenschluss von 25 Staaten (EU-25) mit den USA und Russland, so hat es zwar die kleinste Fläche, was sich aber bei Berücksichtigung der wirklich bewohnbaren Gebiete relativiert. Dies kommt zum Tragen, wenn man die Bevölkerungszahlen vergleicht, denn hier liegt die EU klar vorn. Beim Bruttosozialprodukt liegen die USA klar vorn und Russland verschwindet fast, aber die möglichen Steigerungsraten dürften in der EU bei den neuen Mitgliedstaaten in Osteuropa höher liegen als in den USA.

Unterschiede gibt es auch bei den Verteidigungsanstrengungen. Um dies einschätzen zu können, ist zu bedenken, was überhaupt eingesetzt werden kann. Der Topf aus dem hier geschöpft werden kann, ist das Bruttosozialprodukt, zum Vergleich auf die Einwohnerzahl bezogen. Deutschland belegt nach links stehender Grafik hier einen leicht über dem Durchschnitt liegenden Wert, aber keine Spitzenposition und liegt klar hinter Dänemark, Japan, USA, Luxemburg oder gar der Schweiz.



Bei den in diesem Bezugsrahmen aufgewendeten Mittel für Verteidigung läuft Deutschland unter ferner liefen. Ein Vergleich ist nicht mit jedem der aufgeführten Staaten sinnvoll. Zumindest der Vergleich (Folgeseite) mit Frankreich, Großbritannien, Italien erscheint zulässig. Beim Bezug der Aufwendungen auf den einzelnen Soldaten kommt die Wehrpflicht ins Spiel. Reine Berufsarmeen bedürfen hier nicht nur höherer Aufwendungen für das Rüstungsgerät pro Soldat, sondern auch für Besoldung und Versorgung.

Bei der Einschätzung der notwendigen Aufwendungen und Anstrengungen sollte eine Einschätzung Albert Einsteins wohl bedacht werden: "Die Welt wird nicht nur bedroht von Menschen, die böse sind, sondern auch von denen, die das Böse zulassen."

Der Anteil des Verteidigungshaushalts am Bundeshaushalt betrug 1975 mit 16 von 80 Milliarden ein Fünftel. Innerhalb von fünfzehn Jahren verdreifachte sich der Bundeshaushalt, während der Verteidigungshaushalt sich nicht einmal verdoppelte. Mit 29,4 von 237,6 Milliarden DM war der





Verteidigungshaushalt auf ein Achtel gesunken und sank in den Folgejahren auf ein Zehntel.

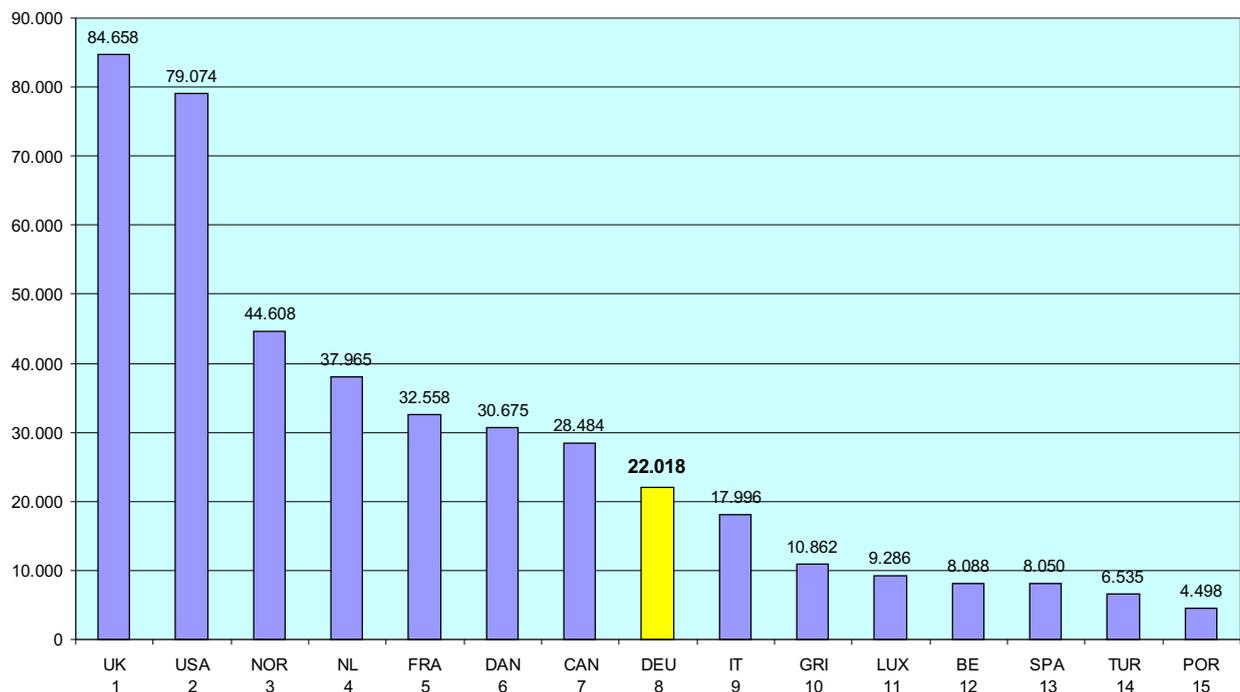
Mit dem Ende der Sowjetunion verschwand nicht jegliche Bedrohung, denn von der Sowjetmacht unterdrückte Konflikte bezogen sich nicht allein auf die russische Vorherrschaft. Entwicklungen in Asien, die von der Sowjetunion zuvor gelenkt wurden, schreiten nun ohne diese Kontrolle weiter fort. Waffen und Wissen breiten sich unkontrolliert aus.

Als Beispiel sich verändernder Bedrohungen sollen hier die ballistischen Raketen dienen. Vor sechzig Jahren endete mit der Kapitulation des Dritten Reiches das deutsche Weltmonopol bei diesen Waffen. Nunmehr entwickeln, testen und bauen auch Nordkorea, der Iran, Syrien und Libyen, auch Israel und Indien, derartige Waffenträger. Es ist ausgesprochen bedenklich, wenn in diesen oder anderen Staaten ballistische Raketen und Atomkraftwerke

bestimmter Bauarten mit großem Eifer gebaut werden.

In den Kelley-Barracks in Stuttgart-Möhringen steht ein Stück der ehemaligen Berliner Mauer mit einer Gedenktafel. Ich habe den Text wie folgt übersetzt: "Ein eiserner Vorhang trennte Europa bis zum 9. November 1989. Diese Überreste der Mauer, die einst den Osten vom Westen trennte, ehrt diejenige, die ihr Leben für die Freiheit einsetzten und opferten. Wir widmen dieses Denkmal den Soldaten, zivilen Mitarbeitern und Familien des VII. US-Corps und unserer NATO-Verbündeten. Euer Festigkeit, Opferbereitschaft und Bereitwilligkeit für die Freiheit zu kämpfen hat den Frieden in Europa von 1951 bis in die Gegenwart bewahrt."

Frieden und Freiheit in der Welt bedürfen auch weiterhin unserer Wachsamkeit und unserer Anstrengungen.



Frank Nägler

Die Anfänge eines Soldatenbildes der Bundeswehr



Anrede

Freier Mensch und vollwertiger Soldat

Anfang 1953 wurde das Bild des gewollten westdeutschen Soldaten im Gründungserlass des Sachgebietes Innere Führung umrissen: Er sollte "freier Mensch, guter Staatsbürger und vollwertiger Soldat zugleich" sein. Diese Beschreibung war knapp; gleichwohl erschien sie abschließend. Kann es damit sein Bewenden haben, ist so schon alles zu den Anfängen des Soldatenbildes der noch gar nicht so bezeichneten Bundeswehr gesagt? Orientiert man sich an dem, was unter Anfängen begriffen werden kann, dann wird wohl doch ein etwas weiter gefasster zeitlicher Rahmen in den Blick genommen werden müssen. Dies betrifft zunächst den Zeitraum nach der Gründung des Sachgebietes. Anfänge können doch verstanden werden als der Beginn von etwas, dem dann eine gewisse Dauer eignet. Bezogen auf das Soldatenbild der Bundeswehr und auf das mit diesem untrennbar verbundene Konzept der Inneren Führung bedeutet dies, dass die Anfänge bis an die Wende von den 60er zu den 70er Jahren währten. Denn erst 1972 gingen sie mit der Herausgabe der ZDv 10/1 "Hilfen für die Innere Führung" in einen gewissen Dauerzustand über. Jedenfalls blieb diese ZDv 10/1, mit der es erstmals gelungen war, die Innere Führung mit einer Dienstvorschrift verbindlich zu beschreiben, bis zum Erlass der Nachfolgefassung von

1993 gut zwei Jahrzehnte in Kraft. Sodann ist aber auch die Frage nach möglichen Anfängen vor der Gründung des Sachgebietes Innere Führung aufgeworfen. Nach offiziöser Auskunft im Internet gilt die Innere Führung zwar geradezu als Markenzeichen der heutigen Bundeswehr. Dies schließt aber Bezüge zu vorangegangenen deutschen Streitkräften mitnichten aus. Geschaffen von Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht und zu einem nicht geringen Teil auch für den Gebrauch durch diese Veteranen, legt das Bild des Bundeswehrsoldaten den Vergleich mit dem bis 1945 vorgegebenen Bild vom Soldaten nahe.

Gerade auch um das, was das Besondere des Soldatenbildes der Bundeswehr ausmachte, trennscharf von den Vorgängern abzuheben, wird es zunächst um eine vergleichende Betrachtung des Soldaten der Bundesrepublik mit dem des sog. Dritten Reiches gehen. Sodann schließt sich als weitere Frage an, inwieweit das konzipierte Bild auch zu dem wirklichen Soldatenbild der Bundeswehr wurde, wie es also um die Anfänge dieses Soldatenbildes in der Bundeswehr stand. Schon der lange Zeitraum bis zum Erlass der Vorschrift deutet hier auf eine mit Schwierigkeiten belastete Aufnahme hin. Abschließend soll der Blick auf mögliche Veränderungen dieses Soldatenbildes gerichtet werden, die am Ende der Anfänge zu beobachten waren.

Ein der Bundeswehr eigenes Soldatenbild?

Folgt man amtlichen Verlautbarungen aus dem Umkreis des Aufstellungsbeginns, dann konnte der Soldat der Bundeswehr in vielem an seinen Vorgänger in der Wehrmacht anschließen. So wurde im Sommer 1955 noch vor einer breiten Öffentlichkeit aus dem Bewegungskrieg des Zweiten Weltkrieges das Bild des Zukunftsgefechtes abgeleitet, auf das sich der kommende Soldat der Bundeswehr einstellen müsse. Kleine, in hohem Maße mobile Einheiten sogenannte Teams kennzeichneten das Geschehen auf dem Gefechtsfeld. Ohne eine klar erkennbare Front trugen diese zumeist mechanisierten kleinen Einheiten den Kampf, in der Regel nur noch über Funkverbindungen koordiniert und im Auftragsrahmen eigenständig. Der darauf zugeschnittene Soldat, der auch auf der untersten Führungsebene gemäß der Auftragstaktik selbständig zu entscheiden und zu handeln im Stande sein sollte, hätte sich wohl ganz gut auch mit den Angaben des Reibert von 1939 fassen lassen. Dort war ein entschlossener Kämpfer skizziert worden, der sich im Gefecht durch selbständiges Denken und Handeln auszeichnete, bei dem sich Kühnheit mit Überlegung verband und der unter den Forderungen des Einsatzes das Risiko für die eigene Person nicht scheute. Was unterschied diese Profilelemente von der dem künftigen Soldaten der Bundeswehr abverlangten Härte, Einsicht, Entschlusskraft und gerade auch Selbständigkeit? Die auf die Auftragsvorgaben bezogene Freiheit des einzelnen im taktischen Handeln war hier so charakteristisch wie dort. Freilich bildete das Gefechtsfeld nur einen Ausschnitt des weit umfassenderen Kriegsgeschehens ab. Ohnehin waren hier Regeln des militärischen Handwerks bestimmend, die für viele Armeen in Grenzen gleichermaßen galten. Über-

Fregattenkapitän Dr. Frank Nægler ist seit 1995 Historiker-Stabsoffizier am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam mit dem Forschungsgebiet Militärgeschichte der Bundesrepublik im Bündnis. Er trat 1971 in die Bundeswehr ein, studierte 1979 bis 1985 Geschichtswissenschaften und Völkerrecht an der Rheinischen Friedrichs-Wilhelm-Universität Bonn mit Abschluss Magister. Bei aktuellen Projekten und Veröffentlichungen ist einer seiner Forschungsschwerpunkte die Innere Führung.

raschender ist indes, dass selbst noch hinsichtlich des eigentlichen Krieges einiges dem ehemaligen Wehrmachtangehörigen vertraut erscheinen durfte.

Als die Aufstellung der Bundeswehr in Angriff genommen wurde, war Krieg längst nicht mehr Angelegenheit allein der bewaffneten Macht. Vielmehr wurden in dem modernen Krieg ganze Gesellschaften gegeneinander mobilisiert. In ihrer arbeitsteiligen Verflechtung konnten Armeen den Krieg nur noch in und mit der Gesellschaft bestehen, nicht mehr isoliert neben ihr. Gleichzeitig war der Krieg permanent geworden, also nicht allein räumlich und sachlich, sondern auch zeitlich grenzenlos. Mit dem Schweigen der Waffen war der Krieg nämlich keineswegs beendet. Vielmehr wurde er weiterhin geführt als Kalter Krieg. Der zuweilen lediglich die Mächtekonkurrenz bezeichnende Begriff schien indes Mitte der 50er Jahre Fortdauer und Schärfe der grundlegenden Friedlosigkeit nicht hinreichend zu kennzeichnen. Nicht von ungefähr hat das Handbuch Innere Führung (1957) mit den Worten Baudissins stattdessen als Leitbegriff den "permanenten Bürgerkrieg" gewählt. Die Konsequenz daraus war ein Soldat, der nur dann als "kriegstüchtig" gelten konnte, wenn er sich in Staat und Gesellschaft einbezogen wusste und sich selbst als Parteigänger im Bürgerkrieg, also als politischer Soldat verstand. Dies strahlte noch auf das Gefechtsfeld aus, wo die Überzeugung von der eigenen Sache Bedingung für das selbständige, von der Kontroll- und Durchsetzungsgewalt Vorgesetzter abgesetzte Handeln im Sinne der Auftragstaktik war. Solche umfassende, eben totale, und zugleich fortdauernde ideologische Dimension des Krieges war auch in der Wehrmacht nicht unbekannt, ebensowenig die daraus gezogene Folgerung für den Soldaten, der seinem Wesen nach politisch und in die "Volksgemeinschaft", woraus in der Bundesrepublik dann das "Volksganze" wurde, zu integrieren war.

Der fundamentale Unterschied tritt freilich in den Blick, sobald über den schlichten Befund, dass in der Situation des (weltweiten und andauernden) Bürgerkriegs dem Soldaten zwingend eine politische Qualität eigen sein müsse, hinaus diese Seite des Soldaten näher bestimmt wird. Gewiss ließen sich auch hier noch Parallelen ausmachen. Die in der frühen Bundesrepublik nicht selten anzutreffende Berufung auf das Abendland, das es gegen die bolschewistische Bedrohung zu schützen gelte, fand sich auch schon im Arsenal der nationalsozialistischen Propaganda. Gleichwohl hatte sich in einem nur als beispiellos zu bezeichnenden Maße die mit dem eigenen Lager verbundene politische Vorgabe verändert. Der Soldat der Wehrmacht hatte nach Osten hin gegen das eine totalitäre System als Angehöriger eines anderen totalitären Systems gekämpft. Nun aber sollte der Veteran als Soldat der Bundeswehr sich im Dienste der freien Welt gegen das Totalitäre in Gestalt der 1945 als Sieger hervorgegangenen Sowjetunion wenden. Gleichzeitig hatte sich die Haltung zum Krieg gründlich gewandelt. Galt vordem der Krieg als Ort der angestrebten Bewährung, so sollte der Soldat jetzt im Zeichen von dessen möglicher Verhinderung dienen. Sehr bündig hatte diese Bestimmung Baudissin einmal 1954 zum Ausdruck gebracht und dabei die Wendung vom notwendigen Übel eingeführt: "Der absolute Krieg kennt und bringt nicht mehr Frieden, sondern endet mit weitgehender Vernichtung des Lebens. Sein Ausbrechen zu verhindern muss heute das Ziel aller [...] Verantwortlichen sein. Gerechtfertigt erscheint er nur noch als

Verteidigung letzter menschlicher, d. h. freiheitlicher Existenz. So werden die Streitkräfte zum notwendigen Übel einer freiheitlichen Lebensordnung [...] Der Soldat kann seine Aufgabe nur noch darin erblicken, durch ein Höchstmaß an Kriegstüchtigkeit dem Politiker wesentliche Voraussetzungen für sein Bemühen zu geben, die [...] Auseinandersetzungen nicht in die Unabsehbarkeit des heißen Krieges ausufern zu lassen." Beide Brüche zeitigten einen tiefgreifenden Wandel. Am deutlichsten sichtbar, weil noch im alltäglichsten Dienstbetrieb sich auswirkend, war dabei der Wechsel vom totalitären System der Vergangenheit in den freiheitlich-demokratischen Legitimationsrahmen der Gegenwart.

Nach dem erwähnten Gründungsauftrag der Inneren Führung sollte der vollwertige Soldat nicht nur gleichzeitig guter Staatsbürger sein, sondern auch freier Mensch bleiben. Dies entsprach zum einen fraglos der Forderung nach einem demokratiekonformen Binnengefüge der Streitkräfte. Damals indes ging es noch über das Anliegen, die Bundeswehr in den freiheitlichen Rechtsstaat zu integrieren, hinaus. Unter dem Vorzeichen der im Bürgerkrieg gegen die totalitäre Bedrohung zu maximierenden "Schlagkraft" wurde das Nebeneinander noch zugespitzt zu einem Bedingungsgefüge: Um im Lichte des Kriegsbildes überhaupt als vollwertiger Soldat gelten zu können, musste dieser auch freier Mensch und als solcher guter Staatsbürger sein. Der totale Zuschnitt und zugleich auch der in der Waffenruhe wirksame Bürgerkriegscharakter des modernen Krieges forderte zwingend den in dem jeweiligen politischen System und in der Gesellschaft beheimateten, den politischen Soldaten. Für die Indienstrafe durch den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik folgte daraus, dass der Soldat der Bundeswehr auch seiner eigenen Freiheit wegen würde dienen können müssen. Im Blick auf die innere Ordnung der Streitkräfte hatte dies zur Folge, dass die Zumutung des militärischen Dienstes und die damit verbundenen Einschränkungen auf das Maß sachlich unabweisbarer Notwendigkeit zurückzunehmen waren. Während gerade auch die politischen Mitwirkungsrechte dem Soldaten in der Substanz ungeschmälert erhalten bleiben sollten, hatten sich innermilitärisch die hierarchischen Strukturen primär an funktionalen Zusammenhängen zu orientieren, die aus dem partnerschaftlich aufgefassten Zusammenwirken prinzipiell Gleicher im Rahmen einer zumeist kleinen Kampfgemeinschaft resultierten. Ausfluss solcher streng funktionalen Begrenzung war nicht zuletzt die scharfe Trennung zwischen Dienst und Freizeit. Der so verstandene politische Soldat, d. h. der mit einem derartigen Freiraum ausgestattete Staatsbürger in Uniform, war nicht etwa eine Seite des gewünschten Soldaten neben dem kriegstüchtigen Soldaten, er war vielmehr dessen Voraussetzung, und der umfassende Einbau des Soldatenstatus in die rechtsstaatlichen Strukturen einer freiheitlich-demokratischen Ordnung wurzelte nicht einfach nur in dem Rückbezug zur Demokratie, sondern war Konsequenz des Kriegsbildes. In den knappen Worten des Handbuchs Innere Führung: "Nur wer realiter erfahren und erlebt hat, dass die demokratischen Grundwerte mehr sind als papierene Grundgesetzartikel, dass sie Verbindlichkeiten für den Staat und seine Organe bedeuten nur der wird sie verwirklichen und schützen helfen." Die auf den Staatsbürger in Uniform, auf diesen politischen Soldaten der Bundeswehr, zielende Innere Führung war Bedingung der Schlagkraft. In solcher konzeptionellen Neubestimmung des Soldaten lag neben dem Zweck der Kriegsverhinderung das eigentlich Charakteristische des gewollten Soldaten der Bundeswehr. Gleichzeitig wurde darin auch die weiteste Distanz zu den

Vorstellungen früherer deutscher Streitkräfte, namentlich der Wehrmacht, erkennbar. Inwieweit aber wurde dieses Bild von den Soldaten der frühen Bundeswehr angenommen?

Die fehlgeschlagene Umsetzung

Als 1963/64 die Krise um die Innere Führung nach den Vorfällen in Nagold und dem Alarmruf des Wehrbeauftragten auf einen Höhepunkt zusteuerte, gab der damalige Generalinspekteur, General Heinz Trettner, eine sozialwissenschaftliche Erhebung in der Bundeswehr zum Zustand der Inneren Führung in Auftrag. Die Studie wurde zunächst auf Weisung des Staatssekretärs Karl Gumbel eingezogen mit der Maßgabe, sie als nicht existent zu betrachten. Das Ergebnis war auch wenig ermutigend ausgefallen. Unter anderem war gefragt worden: "Verhindert nach Ihrer Meinung die Innere Führung in ihrer derzeitigen Form eine sachgerechte harte Ausbildung und schwächt damit die Kampfkraft?" Nach Auskunft der jeweiligen Mehrheit in fast allen Dienstgrad- und Status-Gruppen war dies tatsächlich der Fall. Lediglich unter den Generalen und Obersten fand sich eine Mehrheit für die laut Handbuch Innere Führung immer noch geltende amtliche Lesart des Zusammenhangs. Knapp drei Viertel der Generale (73 Prozent) sahen keinen Widerstreit zwischen den Maximen der Inneren Führung und der Sicherstellung der Schlagkraft. Diese Mehrheit schrumpfte bei den Obersten bereits auf drei Fünftel (59 Prozent). Schon bei den Oberstleutnanten wechselte das Verhältnis: 17 Prozent erkannten eine entscheidende, 35 Prozent eine geringfügigere Schwächung, nur noch 46 Prozent verneinten die Frage. In den weiteren Offiziergruppen setzte sich dieser Trend kontinuierlich fort: Je jünger der Dienstgrad, desto häufiger und intensiver wurde das Verhältnis zwischen den Erfordernissen der Inneren Führung und denen der Schlagkraft als Zielkonflikt aufgefasst. Bei den Leutnanten schließlich erkannten 39 Prozent eine entscheidende, 34 Prozent eine geringfügigere und nur 26 Prozent keine Schwächung. Ein ähnliches Bild zeigte sich auch bei den anderen Laufbahnen. Unter den älteren Berufsunteroffizieren befand sich ein knappes Drittel keine Schwächung (29 %), 38 Prozent eine geringere und 32 Prozent eine entscheidende Schwächung. Von den jüngeren Unteroffiziere auf Zeit sah dagegen fast die Hälfte (47 %) in der Inneren Führung eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Schlagkraft, mehr als ein Drittel immerhin noch ein geringeres Hindernis (37 %), und ein knappes Sechstel (15 %) entschied sich für die Lesart des Handbuchs. Und es ist bemerkenswert, dass sich für das konkurrenzfreie Miteinander von Innerer Führung und Schlagkraft, geschweige denn für das ursprüngliche Bedingungsgefüge, selbst noch unter den Wehrpflichtigen keine Mehrheit fand.

Bei der überwältigenden Mehrheit, dabei vor allem bei den jüngeren und jüngsten Vorgesetzten und Soldaten der Bundeswehr galt nach zehn Aufbaujahren der Staatsbürger in Uniform nicht nur keineswegs als Voraussetzung der Kriegstüchtigkeit, er wurde sogar als deren Beeinträchtigung angesehen. Im Lichte der Vorgaben des Handbuchs Innere Führung waren damit Kernelemente dessen, was das eigentümliche Soldatenbild der Bundeswehr ausmachen sollte, in den Streitkräften selbst weithin in Frage gestellt. Bei der Frage nach den Ursachen für solche Diskrepanz zwischen Konzeption und erreichtem Ergebnis richtet sich das

Augenmerk in erster Linie auf das rekrutierte Personal. In der Aufbauphase der Bundeswehr ist dabei nicht nur die Einstellung der Kriegsgedienten von Belang, sondern zugleich auch die Rückwirkung des sich abzeichnenden Wirtschaftswunders mit der damit einhergehenden Hinwendung zu eher militärfernen Lebensstilen auf den Personalersatz. Vor der Betrachtung des zweifellos zentralen personellen Aspektes ist indes noch zu prüfen, inwieweit eine veränderte Verteidigungsplanung der NATO Einfluss auf die Konzeption der Inneren Führung genommen hat. Denn die Konsequenzen der neuen Verteidigungsplanung sind wohl erst nach Aufstellungsbeginn in aller Schärfe sichtbar geworden.

Ungeachtet des im Sommer 1955 (20. 28. 6. 1955) von der NATO veranstalteten Luftmanövers Carte Blanche, in dessen Verlauf immerhin der Abwurf von 345 Atombomben über westeuropäischem Frontgebiet und damit der Tod von 1,7 Millionen und schwere Verwundung von 3,5 Millionen Deutschen angenommen worden war, war in der deutschen militärischen Führung anfangs noch die Erwartung verbreitet, die Schwelle zum Nuklearwaffeneinsatz mit der einmal aufgestellten Bundeswehr deutlich nach oben verschieben zu können. Obschon man um die zerstörerische Gewalt der Nuklearwaffen wusste, spielten diese zwar im Kontext der Kriegsverhinderung, nicht aber gleichermaßen in dem der Kriegführung eine herausragende Rolle. Das Handbuch Innere Führung etwa ging bei der Thematisierung des heißen Gefechtes nicht auf die Kernwaffen ein. Wie wenig solche Vorstellungen sich mit den NATO-Planungen deckten, die Mitte der 1950er Jahre die Verteidigung auf den sofortigen und umfassenden Gebrauch atomarer Gefechtsfeldwaffen umzustellen im Begriffe waren, sollte sich für die Bundeswehrführung in erschreckender Klarheit mit der Stabsrahmenübung Lion Noir vom Frühjahr 1957 zeigen. Beiderseits der innerdeutschen Demarkationslinie setzte gemäß dem Manöververlauf das Bündnis auch unter Einrechnung westdeutscher Truppen über 100 Kernwaffen ein. Gleichwohl blieb aus Sicht der Inneren Führung der grundlegend ideologische Charakter der Auseinandersetzung auch unter den Bedingungen des umfassenden und sofortigen Einsatzes atomarer Waffen auf dem mitteleuropäischen Gefechtsfeld prägend. Im Lichte der Stabsrahmenübung Lion Noir kennzeichnete Baudissin diesen "moderne[n] Krieg" 1957 mit sehr eindringlichen Worten: "Der blutige Konflikt entspringt ideologischen Spannungen und kennt daher keine klaren Unterscheidungen oder lineare Grenzziehung zwischen den Staaten. Desgleichen gibt es keinen Unterschied zwischen Soldaten und Nicht-Kombattanten. Die Kriegführung beschränkt sich nicht mehr auf militärische Kampfmittel, auf bestimmte Kampfräume oder Kampfzeiten. Es handelt sich vielmehr um eine totale Auseinandersetzung zweier Lebensanschauungen, die mit allen Mitteln, auf allen Lebensgebieten und jenseits aller gewohnten Unterscheidungen und Grenzen ausgetragen wird." Die ohnedies schon im Kriegsbild vorgesehene Verantwortung der unteren und untersten Entscheidungsebene wurde durch den Übergang zur nuklearen Verteidigung nur noch eindringlicher verdeutlicht. Und auch in der Zurüstung auf den atomaren Krieg galt im Blick auf das militärische Binnengefüge dessen rechtsstaatliche "Wirklichkeit" als das eigentliche Fundament erfolgreicher Truppenführung. Brachte so der Wechsel in den Verteidigungsplanungen der NATO für das konzipierte Soldatenbild keine wesentlichen Änderungen, so drohte er gleichwohl das Konzept mit einem ungeheueren Dilemma zu belasten. Denn der ausgesprochen verfassungspatriotische Ansatz, der den politischen Soldaten

der Bundeswehr kennzeichnete, schien im Lichte des atomaren Gefechtsfeldes zum einzig möglichen geworden zu sein, da doch hergebrachte Legitimationsgrundlagen die Heimat oder das Vaterland z. B. Opfer sogar der eigenen Gefechtsführung werden konnten. So naheliegend die Rückbindung hier an die freiheitliche Existenz auch gewesen sein mochte, so schwierig dürfte dies indes den betroffenen westdeutschen Soldaten zu vermitteln gewesen sein.

Die Problematik der nuklearen Verteidigung wurde als Belastung der Soldaten vor allem dann beobachtet, wenn Änderungen von Vorschriften und Manöverlagen sie nachhaltig mit der Realität solcher Planung konfrontierten so etwa bei der Einführung der TF 60. Als demgegenüber stets gegenwärtige Belastung für die Einführung des Staatsbürgers in Uniform erwies sich jedoch das Rekrutierungsproblem. Dies betraf zunächst das für den Aufbau herangezogene zumeist kriegsgediente



Kaderpersonal. Der konzeptionelle Zusammenhang zwischen dem freien Menschen, dem guten Staatsbürger und dem vollwertigen Soldaten, der sich aus dem Kriegsbild ergab und der für den kriegs- wie ungedienten Freiwilligen als auch für den Wehrpflichtigen gelten sollte, war für den Veteranen nicht leicht nachzuvollziehen. Dass ausgerechnet die im militärischen Dienst erfahrene Freiheit freilich zusammen mit der damit einhergehenden Verantwortung Bedingung der Kriegstüchtigkeit des Soldaten sein sollte, dies stand in auffälligem Gegensatz zu den Umständen, unter denen man noch in der Wehrmacht glaubte, die militärische Effizienz gewährleisten zu können. Damals galt doch gerade das auf den Krieg hin angelegte totalitäre System als Garant der Kriegstauglichkeit. Zudem konnten die stellenweise chaotischen Rahmenbedingungen des Aufbaus das Umlernen nur erschweren. Nach längst begonnener Aufstellung wurde noch 1956 das Ziel von über einer halben Million Soldaten binnen dreier Jahre auf gut 340.000 Mann innerhalb von sechs Jahren gestreckt und verkürzt. Wenig später musste sich das Feldheer im Zuge der Anpassung an die veränderten Verteidigungsplanungen der NATO einer tiefgreifenden Umgliederung unterziehen. Infolgedessen betrug die Verweildauer von Offizieren in einer Verwendung einmal abgesehen von Generalen zwischen 1958 und 1960 im Durchschnitt 17,

1961 gar nur 16 Monate. Gleichzeitig litt die Truppe schon bald nach der Kaderaufstellung unter einer anhaltenden Unterbesetzung. 1962 lag der Anteil der Offiziere in der gesamten Bundeswehr bei 5,1 Prozent, die Vorgabe hatte aber 6,5 Prozent vorgesehen. Und dieses globale Defizit fiel noch schmal aus im Vergleich zu den Verhältnissen in der Truppe. Im Heer hatte sich Ende der fünfziger Jahre die Offizierlücke bei 30 Prozent eingependelt, was dazu zwang, den organisatorischen Aufbau für ein Dreivierteljahr auszusetzen. In diese ohnehin gegebene Mangelsituation brachten die insgesamt 13.438 wiederverwendeten Offiziere der ehemaligen Wehrmacht ihre besonderen persönlichen Voraussetzungen mit. Und ausgerechnet bei der Offiziergruppe, bei der sich nach dem Konzept der Inneren Führung die Verantwortung für den politischen Soldaten der Bundeswehr verdichtete, bei den Disziplinarvorgesetzten also, mussten die größten Defizite verzeichnet werden. Nicht nur übertraf das tatsächliche Durchschnittsalter der Hauptleute mehr als bei anderen Offiziergruppen das plan-gerechte Durchschnittsalter, nämlich mit hier gut 42 das von 38½ Jahren. (Zum Vergleich: Nach Auskunft des Personal-amtes liegt z. Zt. das gewollte Durchschnittsalter von Haupt-leuten bei 31/32 Jahren.) Zu der Überalterung kam vielmehr noch das gerade dort besonders ausgeprägte Bildungs-defizit hinzu. Ende 1961 hatten von über 6.000 Hauptleuten, die vielen Fällen im Zuge der Frontbewährung vom Unter-offizier zum Offizier der Wehr-macht aufgestiegen waren und jetzt die Masse der Chefs stellten, ein knappes Fünftel (19%) den Volksschulabschluss, ein gute Drittel (36,7%) die Mittlere Reife und noch nicht einmal die Hälfte,

nämlich 44,2 Prozent das Abitur! Über sie fällt der damalige Lehrgruppenkommandeur an der Schule der Bundeswehr für Innere Führung und baldige Leiter der zuständigen Unter-abteilung im Verteidigungsministerium, Oberst Hans-Joachim Müller-Lankow, ein wenig schmeichelhaftes Urteil: Er vermisse ihr "abstrakte[s] Denkvermögen [...] Vor neue Aufgaben und Probleme gestellt z. B. das der Erziehung als des Kerns der Inneren Führung fühlen sich viele überfordert." Müller-Lankow hob hervor, dass sie teilweise "besonders stark an alte[n] Vorstellungen" fest-hielten. Insgesamt attestierte er der Mehrheit der Chefs keine oder allenfalls "knapp den Mindestforderungen" entsprechende Leistungen. Allerdings könnten durch "scharfe Dienstaufsicht [...] Mindestleistungen erzwungen werden".

Dieser Befund verhiß für den kriegstüchtigen Soldaten im Sinne der Inneren Führung nichts Gutes. Begünstigt noch durch die verspätete Fertigstellung des gesetzlichen und Vorschriftenrahmens ist über die Veteranen fraglos vieles aus der Zeit vor dem Reformkonzept in die Bundeswehr gelangt. Indessen machte man es sich gewiss zu einfach, wollte man den angeführten Befund von 1964 vor allem oder gar allein den Veteranen anlasten. Zu denken sollte hier die Beobachtung geben, dass mit abnehmendem Dienstal-ter geradezu kontinuierlich die Forderungen der Schlagkraft und der Inneren Führung um so intensiver als Konkurrenz begriffen

wurden. Einiges spricht dafür, den Blick gerade auch auf das Nachwuchspersonal zu richten und das heißt vor allem auf deren Mangel. Denn das gravierendste Problem der Bundeswehr waren nicht Überalterung und Rückwärtsgewandtheit des kriegsgedienten Kaderpersonals. Als mit seinen Folgen viel einschneidender musste sich der über geraume Zeit fortgesetzt ausbleibende Nachwuchs auswirken. Unter dem Einfluss von Wirtschaftswunder und Vollbeschäftigung schrumpfte ab 1958 das Aufkommen an ungedienten Offizierbewerbern bis hin zum dramatischen Einbruch. Hatten sich 1957 noch 6.875 Bewerber interessiert, so waren es 1961 nur noch 3.565. Gleichzeitig hatte sich auch die Anzahl der sich darunter befindenden Abiturienten von 1958: 3.626 auf 1961: 2.095 nahezu halbiert. In der Truppe herrschte ein eklatanter Mangel an jungen Offizieren. Vor diesem Hintergrund wurden die Regelausbildungszeiten bis zur Leutnantsbeförderung für den Berufsoffizieranwärter im Heer nach dem Stand von 1964 nur auf zwei, statt der ursprünglich vorgesehenen drei Jahre verlängert. Gleichzeitig wurden auf Drängen des Heeres die Lücken bei Zeit- und Berufsoffizieren durch zunehmende Übernahmen von Reserveoffizieren verringert dies, obschon der Generalinspekteur General Friedrich Foertsch wegen des hier deutlich geringeren Ausbildungsvorlaufes 1963 ernste Vorbehalte angemeldet hatte. Der Mangel an jungen Offizieren hinterließ in der Truppe nicht nur empfindliche Lücken, sondern er zwang zu einer Besetzung der Dienstposten mit einem Offiziernachwuchs, der im Lichte der ursprünglichen Planungen als minder qualifiziert gelten musste, was auch wiederholt von den der Leitung vorgelegten Zustandsberichten und -meldungen als Missstand beklagt wurde. Das defizitäre Aufkommen an jungen Offizieren führte allerdings nicht einfach nur (aufgrund von Bildungs- und Ausbildungslücken) zu aktuellen Schwierigkeiten in der Umsetzung des Staatsbürgers in Uniform, vielmehr verlieh es einem Trend, der auf die Aushöhlung bzw. Verkürzung des kriegstüchtigen Staatsbürgers in Uniform auch in den konzeptionellen Vorgaben zielte, entscheidenden Auftrieb. Hierfür kennzeichnend waren unter anderem Veränderungen in der inneren Ordnung der Armee so nicht zuletzt in der Regelung des militärischen Vorgesetztenverhältnisses.

Die Revision des Soldatenbildes

In deutlicher Abkehr von dem früher geltenden zeitlich, räumlich wie sachlich uneingeschränkten allgemeinen Vorgesetztenverhältnis hatte die 1956 in Kraft getretene Fassung der Vorgesetztenverordnung die Befehlsbefugnis auf der Basis der höheren Dienstgradgruppe (Offiziere, Feldwebel, Unteroffiziere, Mannschaften) in der Regel auf den Bereich innerhalb der Kompanien und auch dort nur auf den Dienst beschränkt. Ganz dem nunmehr im Mittelpunkt stehenden funktionalen Zusammenhang gemäß war demgegenüber die Dienststellung von herausragender Bedeutung. Wem nach der organisatorischen Gliederung die Führung von Soldaten zugefallen war, der besaß im Dienst diesen gegenüber die Befehlsbefugnis. Außerhalb des Dienstes kam solche Kompetenz nur noch den zuständigen Disziplinarvorgesetzten zu, wenn man einmal von den Ordnungsdiensten und Notfällen absieht. Damit verlief zwischen Dienst und Freizeit eine klare Trennlinie. Die besonderen Einschränkungen der militärischen Ordnung waren weitestgehend auf die dienstliche Funktion begrenzt. Mit dem Ende des Dienstes endete auch die Befehlsbefugnis der meisten Vorgesetzten. Schon 1960 hatte sich indes das

Ministerium veranlasst gesehen, in Übereinstimmung mit Rufen vor allem aus den Verbänden des Heeres soweit möglich zum früheren allgemeinen Vorgesetztenverhältnis zurückzukehren. Da das Soldatengesetz einer uneingeschränkten Restaurierung im Wege stand, wurde die Wiedereinführung des nicht mehr streng funktionsbezogenen Hierarchiemodells räumlich auf den militärischen Bereich begrenzt und ergänzend die außerdienstliche Befehlsbefugnis unmittelbarer Vorgesetzter auf die Ebene unterhalb der Disziplinargewalt ausgedehnt. Dass dies unter Umständen geschah, die Züge eines Coups trugen der Beirat für Fragen der inneren Führung wurde getäuscht, die Befassung des Verteidigungsausschusses im Vorfeld vermieden, lässt vermuten, dass die Verantwortlichen die Weiterungen solcher Revision für das Konzept des kriegstüchtigen, weil politischen Soldaten durchaus sahen und einer größeren Debatte zumindest vor der Änderung aus dem Wege gehen wollten.

Nach Lage der Dinge hatte General Heusinger in der sich anschließenden Rechtfertigung vor dem Verteidigungsausschuss ganz zutreffend das eigentliche Motiv hinter der partiellen Rückkehr zum überkommenen Hierarchiemodell angegeben, als er auf den alarmierenden Nachwuchsmangel verwies. Die den jüngeren Vorgesetzten zugestandene Kompetenzausweitung stellte er primär als eine Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung der jeweiligen Laufbahnen vor. Lagen die treibenden Beweggründe der Revision demnach im Personalgewinnungsproblem, so zeitigte sie gleichzeitig doch Auswirkungen für den Zusammenhang von Kriegsbild und Staatsbürger in Uniform. Nun wurde den Abgeordneten nämlich ein substantiell verändertes Leitbild präsentiert.

Zunächst gleich dem ursprünglichen Konzept orientierte es sich ausschließlich an den Anforderungen, die der Krieg an den Soldaten stellen würde. Nach wie vor wurde von einem Gefechtsfeld ausgegangen, auf dem der Kampf von nur in loser Verbindung zueinander stehenden kleinen Einheiten getragen würde. Die politische Dimension des Krieges war dagegen vollends entfallen. Dementsprechend erschien der Staatsbürger in Uniform auch getrennt vom kriegstüchtigen Soldaten. Der Bedingungs-zusammenhang geriet zu einem bloßen Nebeneinander gesonderter Erfordernisse, die Schlagkraft erschien damit nicht mehr vom freiheitlich Binnengefüge abhängig. Vor dem Hintergrund rein fachlich-militärischer Erwägungen sollte die vormals doch angestrebte Trennung zwischen Dienst und Freizeit mit der geänderten Vorgesetztenverordnung nun gerade überwunden und der Soldat im Frieden an den Gehorsam auch gegen unbekannte Vorgesetzte gewöhnt werden.

Die mehrheitliche Zustimmung, auf die solche Ausführungen im Verteidigungsausschuss trafen, spiegelte einen verbreiteten Trend zur Trennung des Staatsbürgers in Uniform vom kriegstüchtigen Soldaten. Jedoch war dieser Trend nicht eindeutig. Nach wie vor galt auf einer deklaratorischen Ebene der vom Handbuch Innere Führung propagierte Zusammenhang. Eindeutig war indessen das Ergebnis der im Bereich konkreter Konsequenzen betriebenen Aushöhlung, wie ein Blick auf die angeführte Erhebung von 1964 zeigt. Mit derartigen Veränderungen trat das eigentlich Kennzeichnende des Soldatenbildes der Bundeswehr in den Hintergrund. Der auch seiner eigenen Freiheit wegen dienen könnende Soldat wurde überlagert durch den nur im engeren militärisch-handwerklichen Sinne kriegstauglichen Soldaten. Mit solcher Abblendung des den Bundeswehrosoldaten von seinen Vorgängern unterscheidenden Neuen gelangten Verbindungslinien zum Vergangenen deutlicher zum Vorschein. Diese Entwicklung fand ihren vorerst letzten spektakulären Niederschlag 1969 in



Dr. Roland Idler (l.) und Michael Sihler (r.) überreichten Dr. Frank Nägler nach seinem Vortrag ein Wein- und ein Buchpräsent, aber ...

einer vom Führungsstab des Heeres verfassten Studie. Wie schon bei der Revision der Vorgesetztenverordnung stand auch hier (zumindest mit) im Hintergrund eine überaus besorgniserregende Verknappung des Personalersatzes. 1969 war mit 1.309 Offizieranwärtern für die gesamte Bundeswehr der über lange Jahre tiefste Einbruch im Aufkommen zu verzeichnen gewesen.

Unterschrieben vom Inspekteur, Generalleutnant Albert Schnez, skizzierte die Studie Gedanken zur Verbesserung der inneren Ordnung des Heeres hinsichtlich des Gefechtsfeldes den Soldaten mit den bereits bekannten Eigenschaften, wobei sie sich nachdrücklich zu der "Forderung nach dem psychisch und physisch harten Kämpfer" bekannte. Weitgehend ausgeblendet blieb dagegen das im Kernwaffenzeitalter Prekäre der militärischen Aufgabe an der Rede vom notwendigen Übel wurde nun Anstoß genommen. Ebenso wenig Berücksichtigung fanden die Konsequenzen aus der politischen Dimension des Konfliktes zwischen freiem und totalitärem Lager. Hinter dem Vorsatz, die Innere Führung zum "Staatsbürger als Soldat" fortzubilden, stand das erklärte Bemühen, "das Verhalten und Handeln auch des jüngsten Soldaten [...] vorrangig nach den soldatischen Maximen" auszurichten. Wie wenig dies noch mit der ursprünglichen Ausgangsbedingung erfahrener eigener Freiheit (und Verantwortung) zu tun hatte, zeigte sich dann sowohl in der angestrebten Beschneidung der Rechte des Soldaten der Disziplinararrest sollte von richterlicher Genehmigung freigestellt, das Kriegsdienstverweigerungsrecht während des Wehrdienstes ausgesetzt werden, sondern auch an dem Brückenschlag in die Vergangenheit. So galt es das "Vaterland als moralische Größe" wiederzubeleben und sich "deutlich zur deutschen Soldatentradition zu bekennen".

Damit wären die Anfänge des Soldatenbildes der Bundeswehr gewiss nicht in das sog. Dritte Reich zurückverlegt worden, wohl aber in eine zumindest weniger demokratische Vergangenheit vor der Bundesrepublik. Denn wie die Studie überhaupt "eine Reform [...] an Bundeswehr und Gesellschaft" im Dienste der "Kampfkraft des Heeres" betreiben wollte, so klagte sie bei den Bürgern die "Einsicht" ein, "dass vor dem Anspruch auf Rechte die Erfüllung von Pflichten zu stehen [habe], und dass das Recht der Gesamtheit Vorrang vor dem Recht des Einzelnen" besitze. Genau dies aber hatte das Handbuch Innere Führung 1957 mit dem Gedankengang

Baudissins noch als Merkmal des Obrigkeitsstaates ausgewiesen. Orientierungspunkt war nicht die Integration des Soldaten in die freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik, sondern die Anpassung der Gesellschaft an die Bedürfnisse der Streitkräfte.

Anders als die Begründungen zur revidierten Vorgesetztenverordnung blieb die Studie nicht bei der Trennung des kriegstüchtigen Soldaten vom Staatsbürger in Uniform stehen, sondern suchte den Staatsbürger in Uniform noch in seinen Rechten zu beschneiden. Wie die geänderte Vorgesetztenverordnung unter dem Eindruck einer erheblichen Rekrutierungskrise zustande gekommen, verwies die Studie dabei auf den ursächlichen Zusammenhang dieses Vorhabens mit dem Freiwilligenaufkommen, also auf den mittelbaren Einfluss jener, die nicht zur Bundeswehr kamen. Im Zeichen des sozial-liberalen Aufbruchs hatten die Empfehlungen der Studie indes keine Aussicht auf Verwirklichung. Dennoch trafen sich die Bemühungen um eine Revision des ursprünglich für das Soldatenbild der Bundeswehr geltenden Bedingungs-zusammenhangs von Staatsbürger in Uniform und kriegstüchtigem Soldaten mit den Anliegen der seit 1969 amtierenden sozial-liberalen Koalition. Ganz gewiss konnte es dabei nicht um eine Beschneidung des dem Soldaten zustehenden Freiraumes gehen. Ganz gemäß der in der Regierungserklärung bekundeten Absicht, mehr Demokratie wagen zu wollen, wurde dieser Freiraum im Gegenteil noch erweitert. Dafür ist die 1970 verfügte Anrede auch des Untergebenen mit "Herr und Dienstgrad" nur ein Beispiel. Auf der anderen Seite vertrug sich die von der neuen Regierung forcierte Entspannungspolitik offensichtlich schlecht mit dem Ausgang von einem weltweiten permanenten Bürgerkrieg. Mit der Ausblendung der ideologischen Konfrontation fiel zwar nicht die Notwendigkeit der Integration des Bundeswehrosoldaten in den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, wohl aber rückte der Staatsbürger in Uniform angesichts des entideologisierten Kriegsbildes aus seiner Position als Voraussetzung des kriegstüchtigen Soldaten. Diesen Zusammenhang legt jedenfalls die ZDv 10/1 nahe, welche anders als das zuletzt 1966 noch einmal in unveränderter Neuauflage erschienene Handbuch Innere Führung in ihren Bestimmungen weder den permanenten Bürgerkrieg noch den Weltbürgerkrieg erwähnte, die überhaupt den heißen Krieg nahezu ausblendete und nach der die Aufgabe der Inneren Führung sich auf den Ausgleich der "Spannungen zwischen den Rechten und Pflichten des Soldaten" beschränkte.



... kein hilfreiches Weinkartontragegestell WKTG 2005.

Stephan Kretschmer

Die Position von NATO und EU aus militärischer Sicht

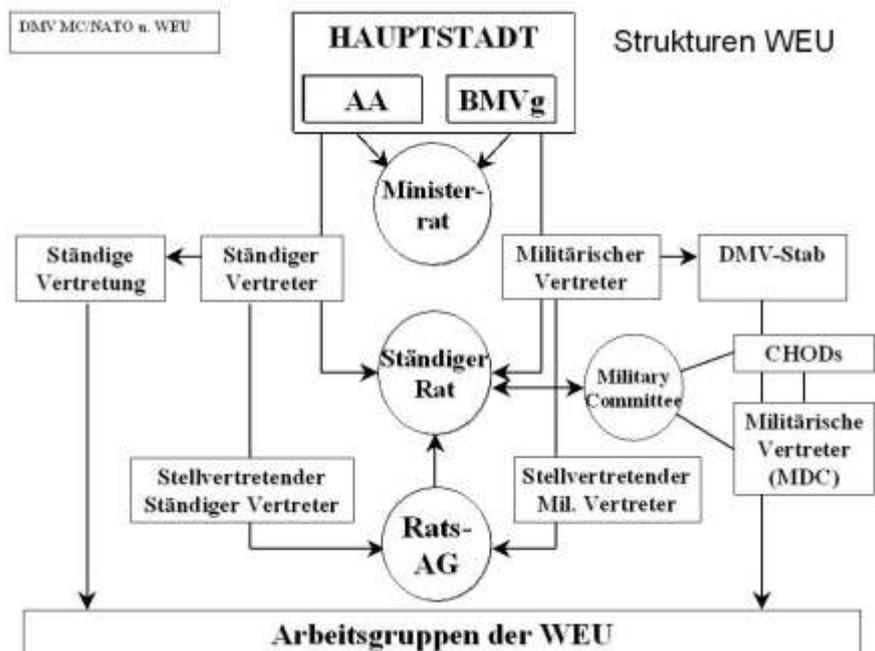


Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede

Aufbau und Funktion der Europäischen Union erschließt sich auch durch Kenntnis ihrer Geschichte. Die Westeuropäische Union (WEU) wurde am 17.3.1948 durch den Brüsseler Pakt als Zusammenschluss Frankreichs, Großbritanniens und der Beneluxstaaten begründet, mit dem Ziel der Aufrechterhaltung demokratischer Prinzipien und dem gegenseitigen Beistand gegen Aggression. Dem entsprechend waren bei den Mitgliedern die Außen- und die Verteidigungsministerien zuständig.

Der ein Jahr später geschlossene Nordatlantikvertrag als Vertragsgrundlage der NATO hatte ähnliche Ziele. Artikel 5 beinhaltet die Beistandspflicht und in dem Artikel 7 ist die Unterstützung der Vereinten Nationen festgelegt, also die Anerkennung der Charta der Vereinten Nationen und deren Mandate und Resolutionen.



Am 17. September 1949 tagte erstmalig der Nordatlantikrat auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Washington. Die Repräsentanten der damaligen zwölf Vertragsnationen hätten sich kaum vorstellen können, wie das

Brigadegeneral Dipl.-Ing. Stephan Dietrich Kretschmer ist seit 2004 Stellvertretender Dienststellenleiter und Chef des Stabes beim Deutschen Militärischen Vertreter im Military Committee der NATO, WEU und EU in Brüssel. Zuvor war er Kommandeur Zentrum Innere Führung, Koblenz. Er studierte Elektronik, Kybernetik und Nachrichtentechnik in München.

Tagesgeschäft ihrer "Enkel" im Jahre 2005 in einer Allianz aussehen wird, die seither einen enormen Wandel vollzogen hat. Geschäftsgrundlage bleibt gleichwohl ein kurzes und knappes Vertragswerk von nur 14 Artikeln, die sich gemäß Präambel auf die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, und die Grundsätze der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechtes gründen.

Meilensteine der Anpassung an ein geändertes sicherheitspolitisches Umfeld waren 1967 die "Harmel-Doktrin" mit einem zweigleisigen Ansatz von gesicherter Verteidigungsfähigkeit einerseits und der Bemühung um Entspannung im Ost-West-Verhältnis des Kalten Krieges andererseits, im November 1989 der Fall der Berliner Mauer, ab 1992 die Einsätze der Allianz im Balkan-Konflikt, kulminierend in den Luftschlägen gegen Jugoslawien im Jahre 1999, sowie die Aufnahme von drei Mitgliedsstaaten des ehemaligen Warschauer Paktes zum NATO-Jubiläumsgipfel 1999.

In der jüngsten Vergangenheit bildeten die Ausrufung des ersten Artikel-5-Falles zur kollektiven Verteidigung gemäß Nordatlantikvertrag unmittelbar nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 und Ende 2002 die Ausformung der NATO-EU-Beziehungen unter dem Stich-

Die Erläuterungen und Diskussionen der nationalen Auffassungen zu bestimmten Themen stellen einen Prozess dar, der eng mit den jeweiligen Exekutiven in den Mitgliedsstaaten abgestimmt wird. Die Botschafter und ständigen Vertreter handeln ebenso wie die militärischen Repräsentanten auf der Grundlage von politischen Weisungen, die sie regelmäßig aus ihren Hauptstädten erhalten. Durch die Angehörigen der nationalen Delegationen werden die Regierungen permanent über die Positionen der anderen Mitglieder und den Stand der Konsensbildung informiert. Konsensbildung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass es keinen Beschluss und kein NATO-Dokument gibt, dem nicht alle 26 Mitglieder zugestimmt haben. Sie können sich vorstellen, dass dies oft viel Zeit und lange Sitzungen in Anspruch nimmt. Für die Angehörigen der nationalen Delegationen und der internationalen Stäbe heißt dies, dass sie ein großes Maß an Flexibilität und Engagement zeigen müssen. Die Fähigkeit, mit Vertretern verschiedener Kultur- und Sprachkreise zusammenzuarbeiten, spezifische nationale Mentalitäten und Bedürfnisse zu berücksichtigen und gleichsam ein konstruktives Arbeitsklima zu entwickeln, ist dabei unerlässlich. Fachliche Kompetenz, Toleranz und diplomatisches Einfühlungsvermögen sind weitere notwendige Voraussetzungen, um das Tagesgeschäft für alle 3000 Mitarbeiter effektiv zu gestalten.

Was setzt sich die NATO zum Ziel, worauf laufen ihre Anstrengungen hinaus?

Mit dem Level of Ambition schreibt sich die NATO politisch selbst ihren Anspruch in Bezug auf zu erbringende Leistungen auf. Dieser Anspruchsrahmen wird alle zwei Jahre im Rahmen einer Ministertagung beschlossen.

Dargestellt ist der aktuelle Level of Ambition aus der Ministerweisung (Ministerial Guidance) 2003. Die NATO will prinzipiell drei streitkräftegemeinsame Operation in Korpsgröße führen können.

Im streitkräftegemeinsamen Ansatz sind sie als drei zeitgleiche "Major Joint Operations" definiert. Die Varianten in der Ausgestaltung sind nachfolgend dargestellt.

Dies ist der recht ehrgeizige Maßstab als aktueller Handlungsrahmen der Allianz.

Arbeitsweise der NATO



wort "Berlin Plus" weitere Wegmarken.

Für die Meinungsbildung und Entscheidungsvorbereitung von großer Bedeutung sind die dem Rat nachgeordneten und zuarbeitenden Ausschüsse. Es gibt insgesamt mehr als zwanzig sogenannte 'Principal Committees', eines davon ist das 'Military Committee', kurz: MC, der Militärausschuss. Er ist das höchste militärische Gremium der NATO, die Vertretung der Generalstabschefs der Nationen und erster Ratgeber des Rates in allen militärischen, militärstrategischen und militärpolitischen Fragen. Unterstützt wird das MC in der Entscheidungsvorbereitung und -umsetzung durch den Internationalen Militärstab. Wie arbeiten die dargestellten Gremien nun zusammen?

Zu den grundlegenden Arbeitsprinzipien gehören: das gemeinsame politische Engagement, die Förderung der praktischen Zusammenarbeit, regelmäßige Konsultationen und gemeinsame Beschlussfassung nach den Prinzipien Konsens und Einstimmigkeit unter dem Primat der Politik.

NATO'S Level of Ambition

Jederzeit Artikel 5 Operationen
- im NATO-Gebiet

Kein Artikel 5 Auftrag vorhersehbar

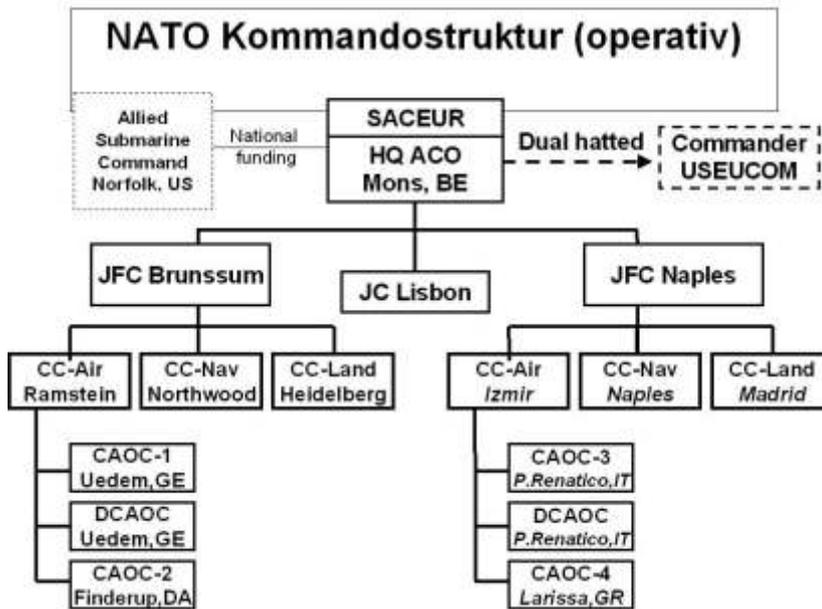
Zwei Operationen (Major Joint Operations)
- gleichzeitig
- außerhalb NATO-Gebiet
- von über 2 Jahre Dauer

Drei Operationen (Major Joint Operations)
- gleichzeitig
- außerhalb NATO-Gebiet
- von über 2 Jahre Dauer

- Flexibilität für mehr als drei Operationen (kleiner als MJO) und
- Flexibilität für größere gemeinsame Operation außerhalb NATO-Gebiet
- ≤ 3 Korpsäquivalente für Anfangsoperationen



Drei Major Joint Operationen gleichzeitig und über längere Zeiträume



Es wird ein Strategisches Hauptquartier für Operationen in SHAPE geben.

Auf der zweiten Ebene haben wir künftig die zwei **Joint Forces Command Headquarters** JFC Brunssum und JFC Naples, denen jeweils Land-, Air- and Maritime **Component Commands** zugeordnet sind.

Vier stationäre CAOCs und zwei verlegbare DCAOCs sind als Luftoperationszentralen den Air Component Commands unterstellt. Hinzu kommt ein Joint HQ mit geringerem Umfang, aus dem ein seegestütztes Hauptquartier für einen teilstreitkräfte-gemeinsamen Einsatzverband unter Einschluss von Partnerstaaten (CJTF HQ) generiert werden kann.

Das zweite Kommando auf der strategischen Ebene, das "Allied Command for Transformation" (ACT), der funktionale Teil, sozusagen die zweite Säule der Struktur, ist anders strukturiert. Er ist nicht hierarchisch gegliedert, sondern bildet eher eine prozess-orientierte Netzwerkstruktur ab. Der Großteil der Prozesse wird im Allied Command Transformation in Norfolk/USA etabliert sein, mit einer engen Verbindung zum US Joint Forces Command.

Bei seinen Europäischen Anteilen ("Footprints") wird es sich um ein Stabelement in Belgien (für die Streitkräfteplanung), um ein Joint Warfare Centre in Stavanger/NO

mit einem unterstellten Joint Forces Training Centre in Polen und dem existierenden Joint Analysis and Lessons Learned Centre in Portugal handeln. Die NATO-Verteidigungsakademie in Rom, die NATO-Schule in Oberammergau und das NATO-Zentrum für Führungs- und Informationssysteme in Latina wird in den Zuständigkeitsbereich ACT fallen.

Mit der Schaffung dieses zweiten Strategischen Kommandos trägt die NATO ganz entscheidend der Notwendigkeit des Umbaus Rechnung. In der Erkenntnis, dass die Wandlung nie aufhören wird, wurde die Trennung vollzogen in Operationsführung (beim SACEUR gelagert) und Transformation, hier in Norfolk/VA beim SACT angesiedelt. Dieses Kommando soll die Modernität des Bündnisses unterstreichen, das Transatlantic Link aufrechterhalten und damit die Ankoppelung an US-Entwicklungen im Bereich Technologie und Konzeption sicherstellen sowie systematisch Erfahrungen auswerten und umsetzen.

Hier eröffnet sich eine zweite wichtige Schiene der Kooperation zwischen NATO und EU (EUMC/EUMS). Es ist unverzichtbar, dass der EUMS hier Kontakte knüpft und hält. Damit muss auch überlegt werden, ob nicht für den DSACT eine adäquate Rolle im Rahmen von ESDI/ESDP definiert und von der EU genutzt wird.

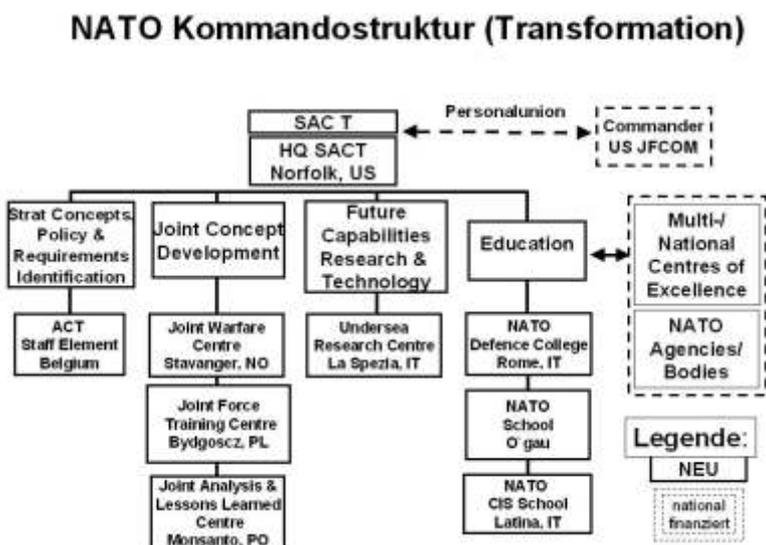
Transformation meint: „Ein lang anhaltender und dynamischer Prozess, der neue Konzepte, Abläufe, Technologien und organisatorische Strukturen entwickelt und zusammenführt, die zum Ziel haben, evolutionäre und revolutionäre Verbesserungen der Effektivität von Streitkräften und militärischen Fähigkeiten herbeizuführen.“

Im Kern geht es weiterhin darum, eine nachhaltige Kultur der Innovation zu entwickeln, jeden Funken von Innovation zu erkennen, zu nutzen und Ideen zu beschleunigen. Dabei steht natürlich der streitkräftegemeinsame Ansatz, die "Jointness" im Vordergrund, verbunden mit der Technologie zur vernetzten Operationsführung. Insofern geht es auch um eine Veränderung in den Köpfen. Ausbildung und Erziehung der Führer wird ein zentrales Element der Transformation werden müssen.

Für den europäischen Teil der NATO wird es darauf ankommen, nicht die bloße Übernahme von US-Lösungen und Entwicklungen anzunehmen, sondern zu versuchen, eine Zweibahnstraße zu schaffen, die das Ideenreichtum aller 26 Mitgliedstaaten umfasst. Die Technologielücke zwischen den USA und Europa ist allerdings sehr, sehr groß. Da sage ich Ihnen sicherlich nichts Neues.

Die beiden Strategic Commander der NATO haben vor einigen Wochen die Strategic Vision, eine langfristige Militärstrategie herausgegeben. Diese befasst sich mit den Anforderungen an zukünftige Streitkräfte. Alles in allem stellt sie einen gelungenen Versuch dar, den möglichen Weg der Transformation der Alliierten Streitkräfte zu beschreiben. Sie ist offen verfügbar, und ich empfehle Sie Ihnen gerne zur Lektüre, da sie die einzige Publikation ist, in der die Diskussion auf diese Art zusammengefasst ist.

"Transformation" ist zur Zeit in aller Munde und ist ein Schlüsselbegriff für die Entwicklung nicht nur im Nordatlantischen Bündnis gewor-



den. Transformation liegt im Kern der Frage, wie sich Streitkräfte, Führer und Organisationen auf die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts einstellen müssen.

Die NATO hat mit dem Prager Gipfel, die EU mit dem Gipfel in Kopenhagen Grundsatzentscheidungen in Richtung Transformation getroffen. National folgen wir nun auch im selben Kielwasser.

In der Vergangenheit wurden militärische Kräfte nach ihrem hauptsächlichlichen Gefechtsraum unterteilt: Land, Luft, See. Die Überlappung zwischen den Gefechtsräumen war relativ gering - begrenzt auf Waffensysteme. Im Laufe der letzten 50 Jahre wurde es immer schwieriger, diese Überlappung zu bewältigen, da sie sowohl im Umfang, als auch an Komplexität zugenommen hat. Heute hat jede Teilstreitkraft die Fähigkeit, weit über ihre eigenen Grenzen hinweg zu wirken. Dies erhöht unsere Fähigkeit, erfordert gleichzeitig jedoch auch einen größeren Grad an Integration.

Wir bewegen uns in Richtung auf eine kohärente teilstreitkraftgemeinsame Truppe mit das gesamte Aufgabenspektrum abdeckenden Fähigkeiten. Fähigkeiten, die durch ein größeres Maß an Integration erreicht werden, wirken multiplikativ, nicht additiv.

Erfahrungen USA aus der teilstreitkraftgemeinsamen und interalliierten Operation:

- volle Integration der Teilstreitkräfte
 - => zehnfache Erhöhung der Fähigkeiten
- volle Integration von Dienststellen/Ressorts
 - => eine weitere zehnfache Erhöhung
- volle Integration befreundeter und verbündeter Staaten
 - => eine weitere zehnfache Erhöhung

Transformation ist ein fortschreitender Prozess durch:

- Koordinierung der Teilstreitkräfte
- Verschweißen der Nähte zwischen den Teilstreitkräften
- Integration der Fähigkeiten der Teilstreitkräften

Die erfolgt kohärent und TSK-gemeinsam, durch wirkungsbezogene vernetzte Planung/Operationsführung, ressortübergreifend und multinational.

Nach diesen etwas allgemeineren Worten zur Transformation möchte ich nunmehr auf einen sehr zentralen Reformpunkt kommen, den die Allianz in nächster Zeit ins Auge fassen muss, nämlich die Reform des Verteidigungsplanungsprozesses im umfassendsten Sinne.

Auslöser eines sehr weitgehenden Vorschlages des CMC??? vor einigen Wochen ist das fortwährende Problem der NATO, in laufenden Operationen nicht die notwendigen Kräfte - Personal wie Material - generieren zu können. Es geht also um nicht mehr und nicht weniger als um die politische Glaubwürdigkeit der Allianz. Betroffen ist insbesondere die NATO-Operation in Afghanistan ISAF, wo es in vielen Bereichen erhebliche Lücken gibt. Kern des Vorschlages des CMC ist die Integration bzw. Verschmelzung der unterschiedlichen Planungsprozesse der Allianz, die bisher weitgehend nebeneinander herlaufen. Er strebt mithin einen "Comprehensive Approach" an, der - von einem gemeinsamen Abholpunkt ausgehend, nämlich der Ermittlung des Streitkräftebedarfs auf der Zeitachse - die unterschiedlichen Planungsdisziplinen zusammen führt und somit für mehr Kohärenz sorgt.

Besonders erwähnenswert ist die engere Verknüpfung von Force Planning (Streitkräfteplanung) und Operational Planning. Die Nutzung gemeinsamer Datenbanken wird ebenso ins Auge gefasst wie generische Szenarien, die gleichermaßen für die Ermittlung des langfristigen Streitkräftebedarfs bzw. erforderlicher Fähigkeiten wie für die

Formulierung von Eventualfallplänen und den dafür konkret erforderlichen Kräften genutzt werden.

Ziel dieser Vorgehensweise ist, Nationen frühzeitig transparent vor Augen zu führen, wie viele Streitkräfte für welche Operation notwendig sind, also ein "Preisschild" daran zu hängen. Es soll für die Zukunft verhindert werden, dass eine Operation politisch beschlossen wird, die erforderlichen Streitkräfte dann aber nicht verfügbar gemacht werden. Damit wird dem ohne Zweifel zur Zeit größten Manko der NATO Rechnung getragen.

Ob dieser Reformvorschlag umgesetzt werden kann, ist noch völlig unklar. Es gibt gewichtige Argumente gegen eine enge Verknüpfung der beiden großen Planungsdisziplinen Force und Operational Planning, da sie völlig unterschiedliche Zwecke haben: Force Planning soll langfristig - 12 Jahre und mehr - die erforderlichen Fähigkeiten der Nationen sicherstellen und dabei für eine Harmonisierung der nationalen Anstrengungen auf der Grundlage eines fairen Lastenausgleichs sorgen. Sie ist somit weit entfernt vom Tagesgeschäft der laufenden Operationen. Kritiker befürchten eine Suboptimierung beider Planungen, führt man sie zusammen. Insbesondere die Streitkräfteplanung sei in Gefahr, nicht mehr "über den Zaun" zu blicken, sondern nur noch aktuellen Entwicklungen in den Einsätzen hinterherzulaufen.

Die **NATO's Response Force (NRF)** stellt die jüngste Initiative zur Erhöhung der militärischen Effektivität der Allianz dar. Sie soll rasch verfügbar, flexibel und verlegfähig sein, als "joint force". Sie soll durchhaltefähig für etwa 30 Tage sein und als "stand alone force" in einem breiten Aufgabenspektrum handeln können, einschließlich "initial entry operations". Die Kräfte sollen vorab identifiziert, ausgebildet und zertifiziert sein.

Das "Military Concept - MC 477" ist im Militärausschuss beschlossen und vom NATO-Rat gebilligt.

Die Implementierung hat bereits begonnen: NRF 1 steht seit 15. Oktober zur Überprüfung des Konzeptes - "Initial Operational Capability" ein Jahr später. Die Landkomponente umfasst eine Brigade Äquivalent, die fliegende Komponente leistet etwa 200 Einsätze pro Tag und die maritime Komponente wird durch eine Maritime Task Group gebildet. Dies ist eine enorme Herausforderung: eine permanente voll verlegfähige Streitmacht in höchster Einsatzbereitschaft (5 bis 30 Tage)! Die NRF soll dabei auf bestehende Strukturen aufbauen und neben der militärischen Rolle insbesondere als Katalysator für Fähigkeits- und Interoperabilitäts-Verbesserungen wirken.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit einer Bewertung aus Sicht der NATO schließen: An Bekenntnissen aller Verbündeten zur Bedeutung der NATO für die künftige Sicherheitsvorsorge besteht kein Mangel. Es wird in den nächsten Jahren darauf ankommen, diesen politischen Verpflichtungserklärungen Taten folgen zu lassen, damit die politische Glaubwürdigkeit und die militärische Leistungsfähigkeit der Allianz in Einklang bleiben. Auch künftig wird die Frage der Lasten- und Risikoteilung das transatlantische Verhältnis mit prägen. Deren Lösung wird entscheidend die Bereitschaft der USA beeinflussen, ihre Führungsrolle wahrzunehmen und die Zukunft der Allianz mit zu gestalten. Die vielzitierte Transformation der NATO muss im Mittelpunkt der gemeinsamen Anstrengungen aller Bündnispartner stehen. Dazu sind institutionell und strukturell die wesentlichen Vorarbeiten geleistet. Die Ausprägung des Europäischen Pfeilers des Bündnisses ist untrennbar mit der Ausgestaltung der Beziehungen zur EU verknüpft. Neben den Vereinbarungen und dem Willen zur Zusammenarbeit auf politischer Ebene kommt es für beide Organisationen darauf an, eine kohärente Streitkräfteplanung zu entwickeln, die dem Prinzip

des "single set of forces" insbesondere für alle europäischen NATO-Mitglieder Rechnung trägt.

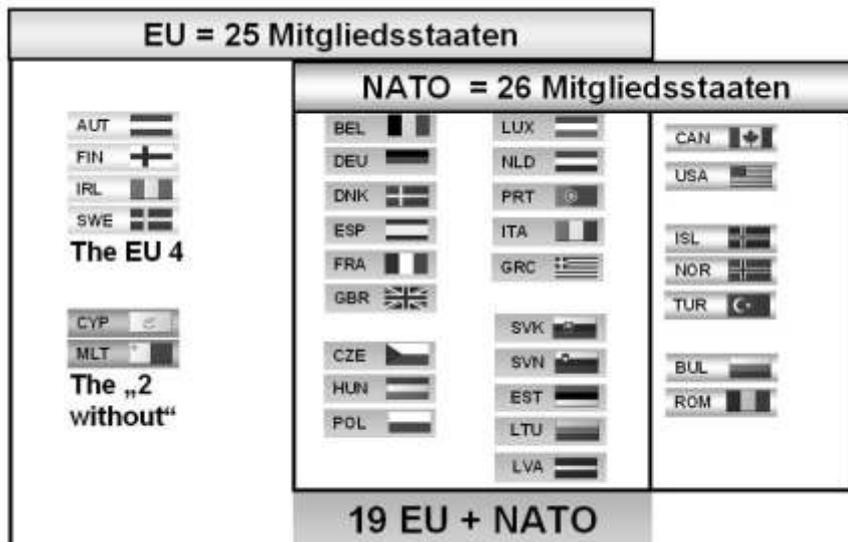
GASP in der EU

Von den drei Säulen der Europäischen Union interessiert hier die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, kurz GASP genannt, und davon wiederum als Teilgebiet die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Deren Abkürzung ESVP ist zu unterscheiden von der ESVI, der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität, was innerhalb der NATO als Begriff für die entsprechenden Aktivitäten innerhalb der Allianz verwendet wird.

GASP kann Ihnen auch als CFSP (engl.: Common Foreign and Security Policy) oder PESC (franz: Politique étrangère et de sécurité commune) begegnen, ebenso ESVP als ESDP (engl.: European Security and Defense Policy) und PESD (franz: Politique européenne de sécurité et de défense).

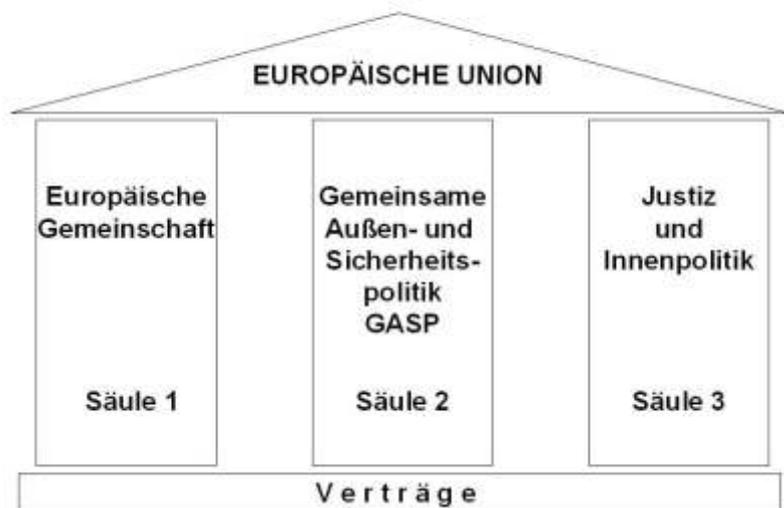
NATO und EU

26 Staaten gehören derzeit zur NATO, 25 Staaten zur EU und davon sind 19 gemeinsam in NATO und EU.



AUT = Österreich	BEL = Belgien
BUL = Bulgarien	CAN = Kanada
CYP = Zypern	CZE = Tschechien
DEU = Deutschland	DNK = Dänemark
ESP = Spanien	EST = Estland
FIN = Finnland	FRA = Frankreich
GBR = Großbritannien	GRC = Griechenland
HUN = Ungarn	IRL = Irland
ISL = Island	ITA = Italien
LTU = Litauen	LUX = Luxemburg
LVA = Lettland	MLT = Malta
NLD = Niederlande	NOR = Norwegen
POL = Polen	PRT = Portugal
ROM = Rumänien	SVK = Slowakei
SVN = Slowenien	SWE = Schweden
TUR = Türkei	USA = Vereinigte Staaten

Die drei Säulen der EU



Innerhalb der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik GASP teilt das Politische- und Sicherheitspolitische Komitee PSC in zivile und militärische Aufgaben und Zuständigkeiten auf. Neben dem Militärausschuss EUMC arbeitet der Ausschuss für Zivile Aspekte des Krisenmanagement CIVCOM (Committee for Civilian Aspects of Crisis Management oder kürzer Civilian Committee). Diese Struktur schuf sich der Europäische Rat in Nizza im Dezember 1999.

Aufgabenfelder und Ziele sind:

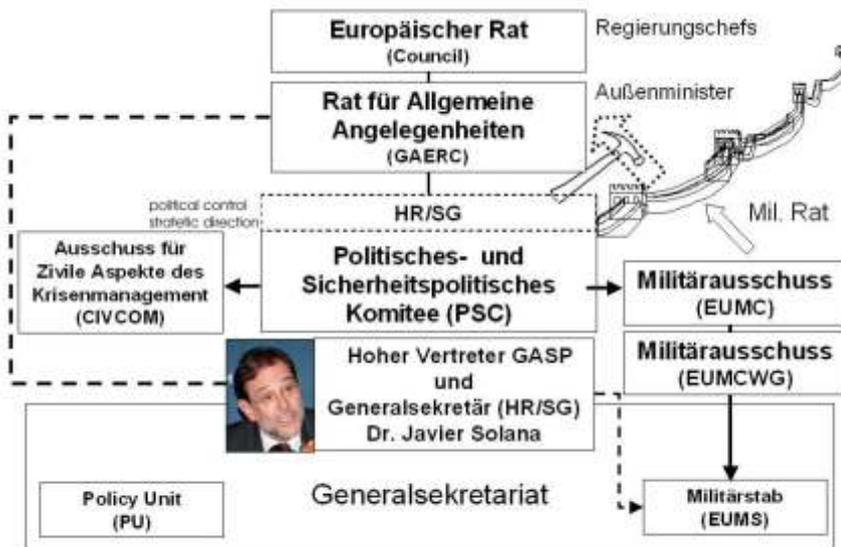
- ▶ Polizeikräfte im Umfang bis zu 5.000 Polizisten (dabei 1.000 innerhalb von 30 Tagen);
- ▶ zur Stärkung des Rechtsstaats 200 Beamte in 30 Tagen;
- ▶ beim Katastrophenschutz bis zu 2.000 Hilfskräfte unverzüglich;
- ▶ zur Stärkung der Verwaltung sind Personalpools von Zivilverwaltungsexperten zu bilden;
- ▶ die EU koordiniert intern alle zivile Mittel.

Folgende Punkte bilden das Themenspektrum für die EU:

- ▶ Europäische Sicherheitsstrategie
- ▶ EU-Außenbeziehungen (NATO, VN, OSZE, USA)
- ▶ Operationen (ALTHEA, AFRIKA)
- ▶ Planungs- und Führungsfähigkeit
- ▶ Rapid Reaction Capabilities einschl. EU-Battlegroups
- ▶ Terrorismusbekämpfung
- ▶ Fähigkeitenentwicklung
 - * Headline Goal 2010
 - * European Defence Agency EDA
 - * EU-NATO Capability Group

Absehbar ist für das erste Halbjahr 2007 die deutsche Präsidentschaft.

Struktur und Verantwortlichkeiten in Säule 2



Die Beziehungen zwischen NATO und EU als Strategic Partnership "Berlin Plus" haben folgende Schwerpunkte:

- ▶ Austausch eingestufte Informationen;
- ▶ EU-Rückgriff auf Planungskapazitäten der NATO;
- ▶ Verfügbarkeit von NATO-Fähigkeiten und Mitteln für EU-Operationen;
- ▶ DSACEUR als EU OpCdr // SHAPE als OHQ;
- ▶ Harmonisierung der Streitkräfteplanung.

Ebenfalls in Nizza legte der Europarat fest: Die EU führt militärische Operationen, d.h. politische Führung und Kontrolle durch das Politische und Sicherheitspolitische Komitee PSC, "where NATO as a whole is not engaged".

Dabei gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

- ▶ Mit Rückgriff auf NATO-Fähigkeiten und NATO-Mittel: Voraussetzung Berlin plus (Rückgriff auf Planungskapazitäten; Verfügbarkeit von vorab identifizierten Mitteln; Rolle DSACEUR/Kommandostrukturoptionen und Anpassung des Verteidigungsplanungssystem)
- ▶ Ohne Rückgriff auf Fähigkeiten und Mittel der NATO:
 - a. mit Framework Nation
 - b. Vollständig multi-national

Wichtig ist dabei, dass die Konsultation zwischen den Organisationen rechtzeitig erfolgt und "Berlin plus" weiter mit Leben gefüllt wird. Die deutsche Präferenz ist dabei, dass die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Option "mit Rückgriff auf NATO" wählt.

Bei den derzeitigen Friedenssicherungsoperationen liegt folgender Personaleinsatz vor:

EUFOR 6500, davon 1000 Deutsche
 KFOR 16300, davon 2600 Deutsche
 NMT-I 100, davon 0 Deutsche
 ISAF 12500, davon 2200 Deutsche

Lassen sie mich zusammenfassen:

Die NATO ist durch Operationen erheblich gefordert. Die Ressourcen sind nicht nur bei Deutschland, sondern bei allen Mitgliedsländer knapp.

General Harald Kujat äußerte beim Treffen der Generalstabschefs am 06.05.04 als CMC (Chairman of NATO's

Military Committee, Vorsitzender des Militärausschusses) folgende Sorge: die "NATO steht womöglich an einem historischen Wendepunkt, an dem das Militär nicht mehr willens ist oder nicht mehr in der Lage ist, die Beschlüsse und Zusagen der politischen Führung mit militärischen Kräfte zu erfüllen."

Die Herausforderungen der nächsten zwölf Monate - vor allem bei ISAF, im Irak und auch im Kosovo - werden die Glaubwürdigkeit auf die Probe stellen.

Karl von Wogau

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik



Anrede

2005 war für die Europäische Union bisher ein schlechtes Jahr. In Frankreich und den Niederlanden, also zwei Kernländern der Europäischen Union, wurde der Verfassungsentwurf des Konventes abgelehnt. Daraufhin hat sich die Europäische Union eine Denkpause verordnet. Allerdings kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass derzeit wenig gedacht und mehr gepaust wird. Ein weiteres Problem ist die Finanzierung der Europäischen Union. Bisher kann man eine Einigung über die finanziellen Perspektiven der Gemeinschaft zwischen 2007 und 2013 nicht erkennen. Man kann gespannt sein, ob Tony Blair seine ehrgeizigen Ankündigungen wahr machen wird, oder ob er dazu gezwungen sein wird, den Ball an die österreichische Präsidentschaft weiterzugeben. Aber es gibt auch gute Nachrichten, diese betreffen in erster Linie den Bereich der Sicherheit und Verteidigung. Die Verteidigungsagentur, die in der europäischen Verfassung vorgesehen war, wurde verwirklicht, obwohl die Verfassung noch nicht ratifiziert ist. Unter der Leitung von Nick Witney hat sie mit ihrer schwierigen Arbeit bereits begonnen. Gleiches gilt für die gegenseitige Beistandsverpflichtung bei terroristischen Angriffen, ebenfalls ein Projekt des

Verfassungsentwurfes. Auch diese wurde von den Staats- und Regierungschefs schon jetzt in Kraft gesetzt. Das zeigt, dass es im Bereich der Sicherheit und Verteidigung einen politischen Willen gibt, gemeinsam weiterzugehen, den man in anderen Bereichen derzeit nicht finden kann. Welche Erwartungen an die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik gesetzt werden, zeigt sich auch in Meinungsumfragen:

- 77% der Bürger wollen eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union. Bei den zehn neuen Mitgliedern liegt die Zustimmung sogar bei 85%.
- Sogar in Großbritannien liegt die Zustimmung zur gemeinsamen Sicherheitspolitik bei 59% und 58% der Bürger Europas wünschen sogar eine europäische Armee.

In diesen Zahlen kommt das richtige Gefühl der Bürger Europas zum Ausdruck, dass wir mehr Sicherheit bekommen, wenn wir den Gefahren der modernen Welt gemeinsam begegnen.

Dass dieses Gefühl durch Tatsachen belegt ist, zeigte sich bei den Bürgerkriegen auf dem Balkan. Die Mitgliedsländer der Europäischen Union waren damals nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen und den Bürgerkrieg mitten in Europa zu beenden. Wir brauchten dafür die Hilfe unserer amerikanischen Freunde.

Aber auch die gemeinsame Kriegsführung mit diesen erfüllte nicht die Erwartungen. Nachdem sich der Pulverdampf auf dem Balkan verzogen hatte, wurde uns von kompetenter Seite bescheinigt, dass Europa nur 50% der Ausgaben der Amerikaner für Sicherheit und Verteidigung tätigt, dass aber die Effizienz des europäischen Beitrages bei 10% liegt. Diese Zahlen sind nicht aus der Luft gegriffen. Dazu hat wesentlich beigetragen, dass Ausrüstung und Bewaffnung der europäischen Länder schwere Mängel aufweist. Es gibt drei unterschiedliche Systeme satellitengestützter Aufklärung in Europa, fünf unterschiedliche Telekommunikationssysteme zur Führung multinationaler Verbände und fünf nationale Hauptquartiere, die mit zusätzlichen Kosten für multinationale Operationen ausgerüstet wurden.

Diese Zersplitterung ist sicher nicht geeignet, die Effizienz unseres Beitrages zu vergrößern. Auch muss man die Frage stellen, ob hier nicht das Geld des Steuerzahlers vergeudet und verschwendet wird. Die Entwicklung des europäischen Verteidigungsbeitrages ging für europäische Verhältnisse rasch vor sich. 1998 einigten sich Franzosen und Briten in St. Malo darauf, eine europäische Verteidigungsidentität anzustreben. Das führte zum Beschluss von Helsinki des Jahres 1999, eine Kriseninterventionstruppe von 60.000 Mann aufzustellen. Diese wurde inzwischen in Mazedonien, im Kongo und in Bosnien eingesetzt. Derzeit stehen dort 6.500 Soldaten unter dem Kommando des britischen Generals

Dr. Karl von WOGAU ist seit 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments und dort seit 2004 Vorsitzender des neu eingerichteten Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung. Von 1994 bis 1999 war er Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung. Von Wogau studierte Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Freiburg, München und Bonn und promovierte über die Verfassung Vorderösterreichs. Er ist seit 1984 Partner in einer Freiburger Anwaltssozietät. Er gab 2003 "Auf dem Weg zur Europäischen Verteidigung" (Herder Verlag) und 2004 "The Path to European Defence" (Maklu Verlag) heraus.

David Leakey. Dazu kommen zahlreiche Polizei- und Rule-of-Law-Missionen. Diese machen deutlich, dass die enge Verzahnung zwischen ziviler und militärischer Krisenbewältigung ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist. Dazu kommt die europäische Verteidigungsagentur, deren Auftrag es ist, die Zersplitterung bei Ausrüstung und Bewaffnung zu beenden. Dies sind wichtige Schritte auf dem Wege zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion in Europa.

Um gemeinsam handeln zu können, brauchen wir eine gemeinsame Sicherheitsstrategie. Die von Javier Solana entworfene Sicherheitsstrategie, die von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union angenommen wurde, ist nur ein erster Schritt auf diesem Weg. Eine europäische Sicherheitsstrategie könnte aus folgenden Elementen bestehen:

- 1) Die Heimatverteidigung. Wir müssen dazu in der Lage sein, uns gegen jeden denkbaren Angreifer gemeinsam mit unseren Verbündeten zu verteidigen. Im Falle eines Angriffes von Streitkräften ist die NATO das einzige sinnvolle und geeignete Instrument. Es gibt aber andere Bedrohungen, zu dessen Abwehr bestimmte Instrumente der Europäischen Union besser geeignet sind. Dies gilt für den Schutz der Außengrenzen, die Bekämpfung bestimmter Formen des Terrorismus und den Schutz vor Massenvernichtungswaffen.
- 2) Wir müssen dazu in der Lage sein, in unserem geographischen Umfeld den Frieden zu sichern. Dies betrifft derzeit in erster Linie den Balkan, Moldawien und den Sudan.
- 3) Wir sollten aber auch dazu in der Lage sein, Rettungsaktionen für europäische Bürger überall in der Welt durchzuführen.

Bei diesen drei zentralen Punkten geht es um Aufgaben, die weder NATO noch Europäische Union allein bewältigen können. Es ist sinnvoll, jeweils die Organisation einzusetzen, die im konkreten Fall über die besten Mittel zur Bewältigung einer Krise verfügt.

In den vergangenen Jahrzehnten haben wir in Europa eine der freiesten Gesellschaften der Welt geschaffen. Dazu hat die Europäische Union durch den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen, Kapital und Informationen vieles beigetragen. Aber Freiheit ist nichts ohne Sicherheit und Frieden. Diese müssen immer wieder neu erarbeitet werden. Wenn wir dabei Erfolg haben wollen, brauchen wir dazu beide Organisationen: Die Europäische Union und die NATO.

12. Internationaler Sicherheitspolitischer Kongress am 25./26. 11. 2005 in Karlsruhe

EU und NATO Sicherheitspolitische Einigkeit oder Zwietracht?

Resolution

Zwischen Mitgliedern der EU und den USA als Führungsmacht in der NATO sind Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten. Nach dem 9.11.1989 wählte man sich in Europa mit dem Fall der Berliner Mauer und der damit einhergehenden Beendigung der kommunistischen Bedrohung in einem Zustand des ewigen Friedens. Die Verteidigungshaushalte wurden drastisch gekürzt und die "Friedensdividende" eingefahren. In Europa machte sich das Gefühl breit, durch Verhandlungen alle Probleme lösen zu können. Übersehen wurde dabei, dass erst die konsequente Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses maßgeblich zum Zusammenbruch des Warschauer Paktes beigetragen hat. Mit der Nachrüstung hat sich die NATO erfolgreich gegen eine militärische Erpressung gewehrt.

Mit den terroristischen Anschlägen vom 11.09.2001 gegen Ziele in New York und Washington erlebte die Welt eine völlig neue Form der Bedrohung. Die NATO-Mitglieder erklärten erstmals in der Geschichte der NATO nach Artikel 5 des NATO-Vertrages den Bündnisfall: Der Angriff auf Amerika galt als Angriff auf alle. Während die USA den Kampf gegen den internationalen Terrorismus aufnahmen, scheint in Europa die Bereitschaft zu schwinden, sich aktiv daran zu beteiligen. Bereits im Vorfeld des Irak-Krieges im Jahre 2003 zeigten sich im UN-Sicherheitsrat tief greifende Meinungsverschiedenheiten. Europa selbst war und ist gespalten.

Der fundamentalistische internationale Terrorismus, die mögliche Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, das Streben einzelner Staaten nach dem Besitz von Atomwaffen, die Weiterentwicklung von Raketen, die auch Europa erreichen können, die Gefährdung des freien Welt Handels und die organisierte Kriminalität stellen eine Bedrohung des Friedens dar, der nur durch ein gemeinsames Sicherheitsverständnis freier, demokratischer Staaten und dem gemeinsamen Willen zur Verteidigung von Recht und Freiheit begegnet werden kann.

Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger zu schützen. Im Zeichen der weltweiten Herausforderung können diese Aufgaben nur gemeinsam mit befreundeten und verbündeten Staaten bewältigt werden. Dabei lassen sich europäische und atlantische Sicherheit nicht trennen. Europäische Einigung und

atlantische Partnerschaft dürfen keine Gegensätze sein, sondern müssen sich ergänzen. Aufgrund der politischen und militärischen Fähigkeiten bleibt die NATO das zentrale Instrument einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Um den europäischen Pfeiler der atlantischen Sicherheitspartnerschaft zu stärken, muss die EU ihre Fähigkeiten und Handlungsoptionen verbessern. Unnötige und kostspielige Doppelungen mit der NATO sind zu vermeiden.

Da das militärische Machtgefälle zwischen den USA und Europa die Kooperationsfähigkeit in der atlantischen Allianz bereits einschränkt, müssen die Anstrengungen in Europa zur Gewährleistung der Sicherheit erhöht werden. Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sind globale Probleme, die globale Antworten erfordern. Europa und die USA sind dabei aufeinander angewiesen. Eine wieder verstärkte Besinnung auf die gemeinsamen Werte der Freiheit und der Demokratie und der Menschenrechte sind Voraussetzung für eine gemeinsame Verteidigung dieser Werte gegen alle, die sie in Frage stellen. Wir erwarten, dass es unter der neuen Bundesregierung zu einer Verbesserung der transatlantischen Beziehungen kommt. Wir sind alle aufgerufen, hieran mitzuarbeiten und dementsprechend in die eigene Gesellschaft hinein zu wirken.

Der Reservistenverband und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik Baden-Württemberg begrüßen, dass sich die Koalitionspartner im Koalitionsvertrag für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen haben. Die Ableistung der allgemeinen Wehrpflicht in Bezug auf die Wehrdienstdauer und die Zahl der Einberufungen ist so auszugestalten, dass die Pflicht zur Ableistung des Wehrdienstes auch in Zukunft vor den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes Bestand hat und die Wehrdienstleistenden gegenüber den Nichtdienstleistenden keine weiteren finanziellen Nachteile erleiden.

Die Reservisten sind so in die Transformation der Bundeswehr einzubeziehen, dass die Reservisten die Truppe im Einsatz unterstützen und deren klassische Aufgaben Schutz der Bevölkerung sowie Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unfällen erfüllen können.

Entwurf von Dr. Roland Idler
und Dr. Johannes Leclerque



NEUESTE NACHRICHTEN

Dschihad bedroht auch Deutschland

Kongress in Karlsruhe: Hoffnungen auf Friedensdividende nur teilweise erfüllt

Von unserem Mitarbeiter
Johannes Leclerque

Karlsruhe. Wegen des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan und der deutschen Hilfe bei der Ausbildung irakischer Polizisten (außerhalb des Irak) sei Deutschland in das Visier des Dschihad ("Heiliger Krieg") geraten und von terroristischen Anschlägen bedroht.

Dies erklärte der Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes, Brigadegeneral Georg Freiherr von Brandis, am Wochenende auf dem 12. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress in Karlsruhe. Die Hoffnungen auf eine Friedensdividende nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes habe sich nur teilweise

erfüllt; der Übergang vom Frieden zum Krieg sei durch die Aktionen der "Martyrerterroristen" fließend geworden.

Der sicherheitspolitische Sprecher des Europaparlaments, Karl von Wogau, forderte auf dem Kongress ein Gesamtkonzept der Europäischen Union für den Schutz ihrer Außengrenzen, insbesondere der Südgrenze in Italien und Spanien, die zugleich eine "Armutsgrenze" sei. Von Wogau plädierte auch für eine Arbeitsteilung zwischen EU und NATO. Die gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik der EU müsse innerhalb der NATO stattfinden und nicht parallel dazu.

Der Karlsruher Regierungspräsident Rolf Kühner betonte als Vertreter von Ministerpräsident Günter Oettinger die

enge Verbundenheit Baden-Württembergs mit der Bundeswehr. Sie sei "lebens- und überlebensnotwendig". Die Beibehaltung der Wehrpflicht sei "von allergrößter Bedeutung für Umfang und Qualität der Bundeswehr".

In einer Resolution begrüßten es die Kongressteilnehmer, dass sich die Große Koalition für die Beibehaltung der Wehrpflicht entschieden habe. Sie sei aber so auszugestalten, dass sie weiterhin Bestand hat vor den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts. Der vom Reservistenverband und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik in Baden-Württemberg veranstaltete Kongress forderte ferner eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen.

Europäische Union und NATO: Sicherheitspolitische Einigkeit oder Zwietracht?

Neue Köpfe gab es beim 12. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress zu sehen: Günther H. Oettinger hat von Erwin Teufel nicht nur das Amt des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg übernommen, sondern auch die Schirmherrschaft dieses Kongresses. In seinem Grußwort auf der Einladung zum



Diesmal nur vier Nationen waren auf dem Kongress unter Leitung von Oberst d.R. Dr. Roland Idler (l.) und Oberstlt d.R. Michael Sihler (r.) vertreten. Im Hintergrund als Vortragender der Vizepräsident des BND Brigadegeneral Georg Freiherr von Brandis.

Kongress drückt der Ministerpräsident seine Verbundenheit und Wertschätzung für die Bundeswehr und ihre Reservisten aus. Bei der Veranstaltung selbst in Karlsruhe vertrat der neue Karlsruher Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner den Ministerpräsidenten. Auch auf dem Podium zeigten sich mit den Landesvorsitzenden Oberst d.R. Dr. Roland Idler bei der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. und Oberstlt d.R. Michael Sihler beim Reservistenverband neue Köpfe in diesen Ämtern.

Soldatenbild der Bundeswehr

In das Tagungsthema "EU und NATO - Sicherheitspolitische Einigkeit oder Zwietracht?" führte Dr. Roland Idler ein. Der nachfolgende Vortrag von Fregattenkapitän Dr. Frank Nägler vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam zeigte "Die Anfänge eines Soldatenbildes der Bundeswehr" auf und hatte das 50-jährige Bestehen der Bundeswehr zum Anlass.

An der Vorgesetztenverordnung zeigte Nägler auf, was mit den Prinzipien der Inneren Führung erreicht werden sollte

und was erreicht wurde. Wehrmachts- und kriegserfahrene Ausbilder hätten mehr den Aufbau der neuen Streitkräfte gesichert als die Praktizierung der angestrebten freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die gesellschaftliche Ausrichtung auf Freiheit und Freizeit habe wiederum die Wehrkraft eingeschränkt.

Deutschland auch Zielbereich von Terroristen

"Die internationale Sicherheitslage und Auswirkungen auf Deutschland" erläuterte Brigadegeneral Georg Freiherr von Brandis, Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes in Berlin. Bedrohungen erkennt er vorrangig dort, wo ein Mangel an staatlicher Ordnung vorliegt. Deutschland, so der Referent, erlebt als Ruhe- und Rückzugsraum von Terroristen nur eine gewisse Ruhe und wird erkennbar auch als möglicher Zielbereich und Einsatzraum betrachtet. Allgemein kämen bei Vorbereitung und Durchführung terroristischer Aktivitäten auch Geräte und Anlagen aus der Medizin- und Agrartechnik zum Einsatz, deren weitere Verwendbarkeit ("dual use") vorab nicht bekannt ist - im Gegensatz zu einem Brotmesser. Die Vielfalt deutscher Produktion kann somit unerwartet und unerfreulich erweitert werden.

Brigadegeneral Stephan Kretschmer, Stellvertreter und Chef des Stabes des deutschen militärischen Bevollmächtigten bei NATO und EU in Brüssel zeigte "Die Position von NATO und EU aus militärischer Sicht" auf. Bei der Betrachtung von Geschichte, Arbeitsweise und Kommandostruktur der NATO verblieb er weitgehend im militärischen Bereich, ohne dabei einseitig zu betrachten. Dagegen brachte der Europaabgeordnete Dr. Karl von Wogau in seinem Folgevortrag in Erinnerung, dass in

der Vorgeschichte der Europäischen Union wirtschaftliche Gesichtspunkte Vorrang hatten und sicherheitspolitische Belange nicht einmal so benannt wurden, sondern - so weit überhaupt angesprochen - den Arbeitstitel "Abrüstung" erhielten. Allein aus dem Umstand, dass Dr. Wogau inzwischen Vorsitzender im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung im Europaparlament ist, lässt Bewegung erkennen. Ohne eine europäische Verfassung mit einer europäischen Außen- und Verteidigungspolitik sieht der Europa-Abgeordnete die wirtschaftliche Großmacht Europa aber militärisch eher ein Zwergendasein führen: Eine solche europäische Einheit erfordere auch ein Gesamtkonzept für den Schutz der Außengrenzen, wie etwa die "Armuts Grenze" durch das Mittelmeer. Da es bei NATO und EU Doppelt, aber auch Einzelmitgliedschaften von Staaten gibt, könne sich die EU nicht einfach der NATO bedienen oder umgekehrt. Wogau sprach sich dafür aus, dass die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU innerhalb der NATO stattfinden müsse und nicht parallel dazu.

Resolution für Wehrpflicht

Da dabei die USA stark beteiligt sind, wurde in der Resolution der Kongressteilnehmer die Verbesserung der transatlantischen Beziehungen durch die neue Bundesregierung angemahnt. Zuvor war darin begrüßt worden, dass sich die Große Koalition für die weitere Beibehaltung der Wehrpflicht entschieden habe.

Johann Michael Bruhn



Fragen und Ansätze zu Koreferaten zu den Vorträgen kamen auch aus dem Hintergrund des voll besetzten Saales.

Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.

Landesbereich V - Baden-Württemberg

Sicherheitspolitischer Kongress in Karlsruhe

Am 25./26.11.2005 fand in Karlsruhe als gemeinsame Veranstaltung mit der Landesgruppe Baden-Württemberg des VdRBw der 12. Internationale Sicherheitspolitische Kongress mit über 200 Teilnehmern statt. Das Grußwort des Ministerpräsidenten Günther H. Oettinger, der die Schirmherrschaft übernommen hatte, überbrachte Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner, für die GfW sprach Vizepräsidentin Ursula Moog MdB. Mit dem Vortrag "Die Anfänge eines Soldatenbildes der Bundeswehr" von Fregattenkapitän Dr. Frank Nägler vom Militärgeschichtliches Forschungsamt in Potsdam wurde zuerst an das 50-jährige Bestehen der Bundeswehr erinnert. Unter dem Generalthema "EU und NATO - Sicherheitspolitische Einigkeit oder Zwietracht?" wurde dann über die Weiterentwicklung der europäischen Zusammenarbeit und der transatlantischen Beziehungen berichtet und diskutiert. Auf die unterschiedlichen Verhaltensmuster zwischen den USA und Europa wies Dr. Idler in seiner Einführung hin. Während mit dem Fall der Mauer am 9.11.1989 die Europäer meinen, mit Verhandlungen alle Probleme lösen zu können, befinden sich die USA nach dem 11.9.2001 mit den Anschlägen in New York und Washington im Kampf gegen den Terrorismus. Beachtenswert ist auch, dass die osteuropäischen Staaten erst der NATO und dann der EU beitraten, da nur die NATO unter der Führung der USA ausreichenden militärischen Schutz gewähren kann. In seinem Vortrag "Die Internationale Sicherheitslage und Auswirkungen auf Deutschland" wies Brigadegeneral Georg Freiherr von Brandis, Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes, Berlin, darauf hin, dass Terrorismus, Staatsversagen, Regionalkonflikte, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und so genannte "Weiche Bedrohungen" (Gefährdung der Energiesicherheit und illegale Migration) eine reale Gefährdung für unsere nationale Sicherheit darstellen. Die Sicherheit Deutschlands wird in der Zukunft in zunehmendem Maße weit jenseits der eigenen Grenzen und außerhalb des europäischen Raumes gewährleistet werden müssen. Brigadegeneral Stephan Kretschmer, Stellvertreter und Chef des Stabes des deutschen militärischen Bevollmächtigten bei NATO und EU, Brüssel, beleuchtete "Die Position von NATO und EU aus militärischer Sicht". Nach dem Vergleich der Entscheidungs- und Kommandostrukturen zog er das Fazit, dass eine Lasten- und Risikoteilung erforderlich ist und Doppelleistungen vermieden werden sollen.

Im Vergleich zur NATO als Sicherheitsbündnis stelle die EU einen gesamtpolitischen Ansatz dar mit den drei Säulen: Europäische Gemeinschaft, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie Justiz und Innenpolitik. Die strategische Partnerschaft, die im Berlin-Plus-Abkommen vereinbart wurde, beinhaltet: einen Austausch abgestufter Informationen, einen Rückgriff der EU auf Planungskapazitäten der NATO, Verfügbarkeit von NATO-Fähigkeiten und -Mitteln für EU-Operationen, DSACEUR als EU OpCdr und SHAPE als OHQ sowie eine Harmonisierung der Streitkräfteplanung. Obwohl 2005 für die EU durch die Ablehnung der Verfassung durch Frankreich und die Niederlande ein schlechtes Jahr gewesen sei, habe es im Bereich der Sicherheit und Verteidigung Fortschritte gegeben, stellte der Europaabgeordnete Dr. Karl von Wogau aus Freiburg in seinem Vortrag "Politische Beurteilung der Zusammenarbeit von NATO und EU" fest. Die EU sei wirtschaftlich ein Riese mit weltweiten Interessen und Einfluss, so der Vorsitzender im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung des Europa-Parlaments, aber militärisch ein Zwerg im Vergleich zu den USA. Defizite sieht er bei den Aufklärungssystemen, der Telekommunikation und im Transportbereich. Mit der europäischen Verteidigungsagentur (EDA) sollen eine Vereinheitlichung der Rüstungsgüter erreicht und die Kosteneffizienz verbessert werden. NATO und EU sieht er als gegenseitige Ergänzung. Das Ergebnis der Tagung wurde in einer **Resolution** zusammengefasst.



Lebhafte Diskussion beim Sicherheitspolitischen Kongress am 25./26.11.2005 in Karlsruhe (v.l.) Generalmajor a.D. Ekkehard Richter, Vizepräsidentin Ursula Moog MdB, Ehrenlandesvorsitzender VdRBw Peter Eitze, Landesvorsitzender Dr. Roland Idler, Generalmajor a.D. Dr. Gottfried Greiner, stellvertretender Landesvorsitzender Jochen Griesinger.

Teilnehmer am 10. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress

Name	Vorname	Dienstgrad	Funktion/Dienststelle/Gruppierung
Arnold	Georg	OStFw d.R.	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Beauftragter Reservisten
Assheuer	Hans-Bernd	Oberst d.R.	Bezirksbeauftragter ResOffz, Leiter AKRO Südwürttemberg-Hohenzollern
Balkheimer	Klaus	Oberstlt d.R.	
Baron	Rolf	Hptm d.R.	Stv. Bezirksvorsitzender Südbaden
Baumgartner	Rudolf	OStFw d.R.	
Baur	Erwin	HptGefr d.R.	Leiter Reservisten-Musik-Zug Bodensee Oberschwaben Süd
Beck	Helmut	OFw d.R.	
Benedikt	Rolf	Oberst d.R.	Sektionsleiter GfW
Benninghoff	Burkhard	Lt d.R.	Vorsitzender RK Turmberg
Bernhardt	Georg	GenMaj a.D.	
Bierbrauer	Heinrich	Oberst	Kommandeur TrspHubschrRgt 30
Bittner	Dr.	Alfred	OLt d.R.
Blümlein	Hans-Jürgen	StFw d.R.	1. Stv. Landesvorsitzender
Blümlein	Karin		
Bodamer	Ralf Alexander	Oberstlt d.R.	Stv. Landesvorsitzender
Bög	Karl-Heinz	StFw a.D.d.R.	Deutscher Bundeswehrverband, Bezirksvorsitzender Baden
Bohms	Uwe	Hptm d.R.	
Böhnlein	Dieter	Hptm d.R.	Schriftführer RK Stuttgart-Vaihingen
Bowitz	Dr. Hans-Hermann	Oberst d.R.	Vorsteher Finanzamt Ludwigshafen
Brandis	Georg Freiherr von		BrigGenVizepräsident des Bundesnachrichtendienstes
Brandt	Reinhold	StUffz d.R.	Staatsanwalt Konstanz
Brenner	Georg	StUffz d.R.	Kreiskassenwart Ostwürttemberg
Bröckel	Roland	OFw d.R.	Vorsitzender RK Steinheim
Bruhn	Johann Michael	HptFw d.R.	Landesschriftführer
Burkhardt	Michael	Oberstlt d.R.	Stv. Bezirksvorsitzender Nordwürttemberg
Cochrane	Dr.	Stephen T.	Colonel (R) US-Verbindungsamt Baden-Württemberg
Cunitz	Bernd	OFw d.R.	Kreisbeauftragter Sicherheitspolitik Ostwürttemberg
Dauven	Ottmar	Hptm d.R.	Landesrevisor
De	Gori	Gisela	Landesgeschäftsstelle Sigmaringen
Degler	Philipp	OFw d.R.	Vorsitzender RK Rastatt
Dollenmaier	Günter	StBtsm d.R.	
Ehrlich	Burkhard	Oberstlt d.R.	Vizepräsident VdRBw e.V.
Eitze	Peter	Oberst d.R.	Ehrenlandesvorsitzender
Ems	Joachim	HptFw d.R.	Stellvertretender Bezirksvorsitzender Südwürttemberg-Hohenzollern
Engelhardt	Walter	Oberst	Kommandeur im VB 52
Fallert	Joachim	Hptm d.R.	Bezirksvorsitzender Südbaden
Fehrlen	Ulrich	Oberst d.R.	ROG Stuttgart
Fischer	Günter	Abgeordneter	MdL, SPD
Flach	Karl-Heinz	Oberstlt a.D.	Kreisvorsitzender Neckar-Odenwald
Franz	Hermann	HptFw d.R.	Stv. Kreisvorsitzender Mittlerer Neckar Nord
Freiberg	Klaus	Oberstlt d.R.	
Fuchs	Sebastian	StUffz d.R.	Stv. Kreisvorsitzender Ostwürttemberg
Fürst	Hugo	TH	OFVet d.R.
Fux	Walter	StFw a.D.	
Gabriel	Martin	OGefr d.R.	
Gall	Rüdiger	Fw d.R.	Stv. Kreisvorsitzender Nordschwarzwald
Gentner	Richard	HptFw d.R.	Kreisvorsitzender Bodensee Oberschwaben Nord
Gesell	Karl	Hptm d.R.	
Giering	Peter	HptGefr d.R.	
Glück	Wolfgang	OBtsm d.R.	
Gnan	Franz	Oberstlt d.R.	
Greiner	Dr. Gottfried	GenMaj a.D.	
Griesinger	Jochen	Oberstlt d.R.	GfW Sektionsleiter Stuttgart
Griesinger	Irmela		
Grießer	Matthias	Leiter	KWEA Ravensburg
Grob	Rainer	HptFw d.R.	
Haas	Kurt	HptFw d.R.	Kreisbeauftragter Sicherheitspolitik Bodensee Oberschwaben Nord
Hägele	Udo	Oberstlt d.R.	Vorsitzender RK Reutlingen
Harter	Norbert	HptFw d.R.	
Helbig	Jochen	Maj d.R.	
Hellriegel	Rolf	Oberstlt a.D.	Landesvorsitzender Schleswig-Holstein
Hepperle	Georg	Maj d.R.	Stv. Sektionsleiter GfW
Herrling	Berthold	HptGefr d.R.	Vorsitzender RK Tettang
Hilger	Karl-Josef	Oberstlt a.D.	Stv. Bezirksvorsitzender Südbaden
Hinterthür	Klaus	StFw a.D.d.R.	
Hipp	Reinhard	StUffz d.R.	Kreisvorsitzender Bodensee Oberschwaben Nord
Horsch	Rudolf	Oberstlt d.R.	
Idler	Dr. Roland	Oberst d.R.	Landesvorsitzender GfW
Jaffke	Errol	Oberst d.R.	

Jerg	Wolfgang	Uffz d.R.	Kassenwart RK Bad Saulgau
Jodat	Peter	HptFw d.R.	Bezirksschriftführer Nordwürttemberg
Jung	Johannes	MdB	
Junge	Dr.	Hans-Christoph	Hptm d.R.
Keller	Anton	Fwd d.R.	Kreisvorsitzender Franken
Kempf	Bernhard	Maj d.R.	Stv. Kreisvorsitzender Mittlerer Neckar Süd
Kiewert	Benno	Oberstlt d.R.	
Klemme	Rudolf	Oberstlt d.R.	
Klöpfer	Holger	HptFw d.R.	Kreisorganisationsleiter
Klöpfer	Lothar	HptGefr d.R.	Vorsitzender RK Aalen
Kneilmann	Horst	Oberst d.R.	Landesbeauftragter Sicherheitspolitik Nordrhein-Westfalen
Kobes	Rolf-Dieter	StFw d.R.	Kreisrevisor Südbaden
Köhler	Reinhard	Oberst	Inspizient Freiwillige Reservistenarbeit
Kohout	Gerhard	Oberst d.R.	Kreisbeauftragter Sicherheitspolitik Franken
Kohout	Ursula		
Kortt	Ulrich	FKpt a.D.	
Krayer	Wolfgang	Oberstlt a.D.	Sektionsleiter Tauber GfW
Kretschmer	Stephan	BrigGen	
Kuhn	Dr.	Claus	OStArzt d.R. Vorsitzender RK Kirnau
Kühner	Dr. Rudolf	Reg.-Präs.	Regierungsbezirk Karlsruhe
Kurth	Werner	OFw d.R.	
Kußmann	Dr.	Jürgen	OStArzt d.R.
Lämmerzahl	Norbert	Oberstlt d.R.	Beisitzer Landesschiedsgericht
Lang	Hans-Werner	Oberst d.R.	Generalsekretariat Bonn
Lang	Werner	OFw d.R.	Revisor
Lange	Ewald	HptFw d.R.	Kreisorganisationsleiter
Langer	Beate		
Latsch	Harald	Oberst d.R.	
Lauster	Siegfried	OStFw d.R.	Vorsitzender RK Ludwigsburg
Laux	Reinhard	Oberstlt d.R.	
Lebert	Rolf	StFw d.R.	
Leclerque	Dr. Johannes	Oberstlt d.R.	Landesbeauftragter Sicherheitspolitik
Letschert	Hermann	Oberst d.R.	
Lickert	Manuela		
Link	Egon	Gefr	
Lorek	Hartmut	Oberstlt d.R.	Sektionsleiter GfW
Lücking	Arne	Oberstlt d.R.	
Lust	Werner	HptFw d.R.	Kreisvorsitzender Hochrhein
Luz	Eberhard	StGefr d.R.	Stv. Kreisvorsitzender Neckar-Alb
Mack	Gerd	Oberstlt a.D.	Sektionsleiter GfW
Marcandella	Peter	Oberstlt	
Masuch	Lutz	Hptm d.R.	
Masuch	Barbara		
Maucher	Karl	HptGefr d.R.	Stv. Bezirksvorsitzender Südwürttemberg-Hohenzollern
Meier	Hans-Joachim	HptFw d.R.	
Meissner	Wilfried	Oberstlt d.R.	Vorsitzender RK Steinachtal
Menger	Gerhard	HptFw d.R.	Vorsitzender RK Graben
Meschenmoser	Konrad	StFw d.R.	Vorsitzender RK Fronhofen
Mezger	Jürgen	StFw d.R.	Landesschatzmeister
Minia	Hans-Georg	Oberstlt d.R.	
Mogg	Ursula	MdB	Stv. Präsidentin GfW
Mohr	Karl	Oberstlt d.R.	Geschäftsführer Verband Deutscher Soldaten
Mommendey	Hans-Jürgen	OFw d.R.	Vorsitzender RK Esslingen
Mühleisen	Helmut	Oberstlt d.R.	
Müller	Stephan	Maj d.R.	Kreisbeauftragter Sicherheitspolitik Mittlerer Neckar Süd
Münch	Peter	Oberstlt d.R.	Landesrevisor
Nägler	Dr. Frank	FKpt Militärgeschichtliches Forschungsamt	
Neugebauer	Dr. Udo	Oberstlt d.R.	
Niemeyer	Klaus	Vizepräsident	Vizepräsident WBV Süd
Noß	Hans-Georg	StFw d.R.	Vorsitzender RK Markgröningen
Peltier	Jean-Francois	Colonel(R)	
Pohl	Angelika	Med.-Direktorin	WBV Süd
Prade	Wolfgang	Oberstlt d.R.	Bezirksrevisor Nordwürttemberg
Püschel	Dieter	StFw d.R.	Kreiskassenwart Rhein-Neckar
Quadbeck	Klaus-Jürgen	Oberstlt d.R.	Stv. Landesvorsitzender Niedersachsen
Raab	Irmgard		
Rapp	Horst	HptFw d.R.	Stv. Vorsitzender RK Ludwigsburg
Restel	Peter	Oberstlt a.D.	Vorsitzender DBwV Mannheim
Richter	Ekkehard	GenMaj a.D.	
Riegg	Eugen	Oberstlt d.R.	Stv. Kreisvorsitzender Franken
Roduch	Lothar	Oberstlt d.R.	Bezirksvorsitzender Nordwürttemberg

Rohr	Josef	Ogefr UA d.R.	Schriftführer RK Bietigheim-Bissingen
Romer	Toni	OStFw d.R.	Vorsitzender RK Eschach
Rommelfanger	Dr. Ulrich	Oberbürgermeister	Kornwestheim
Ropertz	Harry-Rolf	Oberstlt d.R.	Bezirkskassenwart Südwürttemberg-Hohenzollern
Roth	Peter	Polizeiobererrat	Polizeipräsidium Karlsruhe
Ruge	Gerd	StFw d.R.	Revisor RK Bietigheim-Bissingen
Ruppert	Karl-Ludwig	OFw d.R.	Schriftführer RK Leutkirch
Ruppert	Oliver	HptFw d.R.	
Samland	Achim	Uffz d.R.	Vorsitzender RK Überlingen
Savoy	Olivier	Maj	Schweizerische Offiziersgesellschaft
Schanz	Richard	Uffz d.R.	Vorsitzender RK Kornwestheim
Schänzle	Wolfgang	Maj d.R.	
Scheck	Norman	Btsm d.R.	
Scheuer	Dr. Gerhart	MdL a.D.	LWiss Dir a.D.
Scheuermann	Theo	OStFw d.R.	Kreisorganisationsleiter
Schick	Werner	Oberstlt d.R.	Landesgeschäftsführer
Schiller	Rolf-Christian	Reg.-Vizepräs.	Regierungspräsidium Tübingen
Schleyer	Bernhard	Oberstlt d.R.	GfW Sektionsleiter Sigmaringen
Schlude	Dieter	HptFw d.R.	Kreisvorsitzender Donau-Iller
Schmeja	Nikolaus	Oberst a.D.d.R.	Ehrenlandesvorsitzender GfW
Schmieder	Richard	OStFw d.R.	1. Stv. Bezirksvorsitzender Südbaden
Schmieder	Egon	Oberst d.R.	
Schneider	Harald	Maj d.R.	
Schrader	Gerhard	OFw d.R.	Kassenwart RK Überlingen
Schreiber	Jürgen	StBtsm d.R.	
Schröder	Thorsten	Maj d.R.	
Schultjan	Helmut	Oberst	Kommandeur im VB 51
Schweickart	Robert	Colonel d.R.	Ehrenvorsitzender Elsässer Luftwaffenring
Schweikart	Harald	StFw d.R.	Kreisbeauftragter Sicherheitspolitik Mittlerer Neckar Süd
Schweinbenz	Benno	Oberstlt d.R.	
Seiz	Wolfgang	Oberstlt d.R.	
Semmler	Heinz	StFw d.R.	Vorsitzender RK Eppingen
Sickel	Günter	HptBtsm d.R.	
Siegfried	Werner	Wachtmeister	
Sihler	Michael	Oberstlt d.R.	Landesvorsitzender
Silvery	Klaus	StFw d.R.	Kreisorganisationsleiter
Sorge	Jörg	StFw d.R.	Kreisvorsitzender Neckar-Alb
Staudacher	Erich	BrigGen	Stv. Befehlshaber im WB IV
Steimle	Bernhard	Oberst d.R.	
Steinhauer	Joachim	StUffz d.R.	Bezirkschriftführer Südwürttemberg-Hohenzollern
Steinmaier	Armin	Oberstlt d.R.	StOffzRes VBK 51
Straub	Ernst	StUffz d.R.	Kreisbeauftragter Sicherheitspolitik Neckar-Odenwald
Streit	Jürgen	OLt d.R.	Vorsitzender RK Heilbronn
Teßmer	Gerd	Oberstlt d.R.	MdL, Stv. Kreisvorsitzender Neckar-Odenwald
Thaysen-Schmeja	Hiltrut		
Trinkner	Gerhard	FKpt d.R.	Stv. Landesbeauftragter Schießsport
Trousse	Louis-Charles	Hptm d.R.	
Tscharntke	Claus-Jürgen	Maj d.R.	Vorsitzender AKRO Neckar-Alb
Tucholski	Ottmar	OFw d.R.	Vorsitzender RK Ravensburg
Vieczenz	Karin		Landesgeschäftsstelle Sigmaringen
Vogel	Ewald	StFw d.R.	Landesrevisor LG Bayern
Vögeli	Martin	Oberst i.Gst.	
Wagner	Markus	Maj d.R.	Vorsitzender RK Bad Cannstatt-Untertürkheim
Walz	Dr. Manfred	Oberst d.R.	Oberfinanzpräsident Karlsruhe
Walz	Claus	Oberstlt d.R.	
Wenning	Walter	Oberst d.R.	
Widera	Karl-Heinz	OFw d.R.	
Widmer	Herbert	StFw d.R.	Stv. Kreisvorsitzender Bodensee Oberschwaben Nord
Widmer	Thorsten	OLt d.R.	
Wilkens	Willibert	Maj d.R.	
Wittig	Siegfried	Oberstlt d.R.	Landesorganisationsleiter
Wogau	Dr. Karl	MdEP	Vors. Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europaparlament
Wolf	Erich	StFw d.R.	Vorsitzender RK Walldorf
Wollin	Jürgen	StFw d.R.	Kassenwart RK Nördlicher Breisgau
Zeumer	Dankmar	Oberstlt d.R.	Kreisschriftführer Mittlerer Neckar Süd
Zimmermann	Gerhard	HptFw d.R.	Bezirksrevisor Nordbaden
Zweig	Karl	OGefr d.R.	Kreisvorsitzender Nordschwarzwald

Nicht aufgeführt sind Personen, welche als Begleiter einer der oben angeführten Personen angemeldet, aber namentlich nicht oder nicht vollständig erfasst wurden ("... mit Frau" oder "Fahrer des ...").

Helfen Sie mit

Werben Sie ein Mitglied für den Reservistenverband

Geschäftsstelle Stuttgart
Nürnberger Straße 184
70374 Stuttgart
0711/5284613
0711/524562
geschst_stuttgart@vdrbw

Geschäftsstelle Mosbach
Renz-Straße 1
74821 Mosbach
06261/18581
06261/4402
geschst_mosbach@vdrbw.de

Geschäftsstelle Ellwangen
Reinhardt-Kaserne
73479 Ellwangen
07961/7481
07961/7694
Geschst_ellwangen@vdrbw

Geschäftsstelle Freiburg
Stefan-Meier-Str. 72a
79104 Freiburg
0761/36602
0761/36727
geschst_freiburg@vdrbw.de

Geschäftsstelle Lauda
Becksteiner Str. 100/11
97922 Lauda-Königshofen
09343/65028
09343/65029
geschst_lauda@vdrbw.de

Geschäftsstelle Immendingen
Am Bildstöckle 3
78194 Immendingen
07462/6538
07462/924023
geschst_immendingen@vdrbw.de

Geschäftsstelle Malsheim
Perouser Straße 102
71272 Renningen
07159/800878
07159/800879
geschst_renningen@vdrbw.de

Geschäftsstelle Stetten
Lager Heuberg / Geb.152
72510 Stetten a. K. M.
07573/958106
07573/958239
geschst_stetten@vdrbw.de

Geschäftsstelle Karlsruhe
Rintheimer Querallee 11
76131 Karlsruhe
0721/606572
0721/6649297
geschst_karlsruhe@vdrbw.de

Geschäftsstelle Ulm
Postfach 2540
89015 Ulm
0731/32939
0731/32952
Geschst_ulm@vdrbw.de

Geschäftsstelle Mannheim
Badener Platz 4
68239 Mannheim
0621/472446
0621/4817585
Geschst_mannheim@vdrbw.de

Geschäftsstelle Pfullendorf
Generaloberst v.Fritsch-Kaserne
88630 Pfullendorf
07552/409156
07552/409157
geschst_pfullendorf@vdrbw.de

Reservistenverband
Landesgruppe Baden-Württemberg

Der 13. Internationale Sicherheitspolitische Kongress

findet
am 24. und 25. November 2006

wieder
im Queens-Hotel
in Karlsruhe
statt

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg
Graf-Stauffenberg-Kaserne
72483 Sigmaringen
Tel.: 07571/681263
Fax: 07571/681256
E-Mail: Landesgeschst_baden-wuerttemberg@vdrbw.de